

Stadt Halle (Saale)  
27.07.1998  
Kommunalbüro

## N i e d e r s c h r i f t

der 44. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)  
am 22.07.1998 - ö f f e n t l i c h

---

Ort: Stadthaus, Festsaal  
Zeit: 14.45 Uhr bis 20.35 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der  
Niederschrift

Die 44. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.  
Zur Zeit seien 38 Mitglieder des Stadtrates ( 67 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Herr **Dr. Brockmann** teilte mit, daß Ergänzungen zu den jeweiligen Vorlagen zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Prof. Kiel habe die Bitte geäußert, den Antrag zur Kinderbibliothek Lessingstraße als ersten Antrag unter dem Tagesordnungspunkt Anträge zu behandeln.

Herr **Doege**, CDU, gab zum Antrag seiner Fraktion - Besetzung von Aufsichtsräten - nachfolgende Erklärung ab:  
„Wir ziehen den Antrag zurück. Es hat zwischen der SPD-Fraktion und uns eine Einigung gegeben. Die Einigung geht darauf hinaus, daß die Aufsichtsratsbesetzung bei der Flugplatzgesellschaft Halle-Oppin und bei der Städtischen Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dörlau GmbH einen Wechsel von der Fraktion der SPD zur Fraktion der CDU erfährt.“

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**, äußerte, er habe der Zeitung entnommen, daß Herr Lorenz eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen ihn erhoben und deren Inhalt der Presse zugänglich gemacht habe. Deswegen bitte er darum, daß dieser Punkt auch in öffentlicher Sitzung erörtert werde, damit er auch in öffentlicher Sitzung die Gelegenheit habe, dazu seine Stellungnahme bekanntzugeben. Selbstverständlich sei es ein Punkt, der in die nichtöffentliche Tagesordnung gehöre, aber wenn jemand zu den Mitteln der Presseveröffentlichung greife, müsse es dem Angegriffenen auch öffentlich möglich sein, sich dagegen zu wehren und klarzustellen.

Herr **Lorenz**, SPD, stimmte dem Oberbürgermeister zu, diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Er wies jedoch zurück, daß er die Dienstaufsichtsbeschwerde der Presse zur Verfügung gestellt habe. Das sei nicht geschehen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, fragte zum Verfahren. Das sei doch eben ein Antrag des Oberbürgermeisters gewesen. Er sprach weiter zur Beschlußvorlage - Versuchsweise Umwandlung der Robert-Blum-Straße im Bereich zwischen der Schleiermacherstraße und Windthorststraße in einen Fußgängerbereich. Vor zwei Jahren habe es dazu einen Antrag der Fraktion Neues Forum gegeben. Dieser Antrag sei zwei Jahre lang nicht behandelt worden und tauche jetzt auf einmal als Beschlußvorlage der Verwaltung auf. Diesem Vorgang könne er nicht folgen. Eigentlich müßte der Antrag wieder behandelt werden und nicht die Vorlage der Verwaltung.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, stellte fest, daß man in den vielen Ausschusssitzungen, in denen man diese Angelegenheit behandelt habe, darüber nicht gestolpert sei. Auch die Antragsteller selbst seien offenbar nicht gestolpert.

Herr **Prof. Schuh** bemerkte, in der Vorlage sei der Antrag enthalten, auf dem Deckblatt stehe aber Beschlußvorlage der Verwaltung. Man müsse hier über den Antrag abstimmen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, nach seiner Erinnerung habe es ursprünglich einen Vorstoß der Verwaltung zu diesem Thema gegeben. Dazu sei dann auch ein Antrag gestellt worden. Diese beiden Dinge seien verbunden worden, über beides sei noch nicht entschieden.

Frau **Haupt**, SPD, meinte, es sei eindeutig eine Wiedervorlage eines Antrages. Der Antrag sei seinerzeit in die Ausschüsse verwiesen worden und dort behandelt worden.

Herr **Dr. Brockmann** schlug vor, die Angelegenheit nunmehr als wiedervorgelegten Antrag zu behandeln.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, man habe den Antrag in die Vorlage integriert. Er sehe keine Probleme, dies bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 22 mit zum Abschluß zu bringen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, es sei im Grunde völlig gleichgültig, unter welchem Punkt man das behandle. Der Sachverhalt sei jedenfalls von der Verwaltung vor dem Antrag diskutiert worden. Wichtig sei doch, daß die Sache zum Abschluß gebracht werde.

Herr **Prof. Schuh** äußerte, der Antrag einer Fraktion sei die eine Sache, eine Vorlage der Verwaltung sei etwas anderes, eine andere Qualität.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** stimmte dieser Aussage zu, wies aber darauf hin, daß diese Überlegung in der Verwaltung schon sehr alt sei. Man habe darüber gesprochen und gesagt, daß es eine diskussionswürdige Angelegenheit sei. Nach seiner Erinnerung sei dann der Antrag gekommen.

Man komme sicher am besten aus der Schwierigkeit wieder heraus, wenn man die Angelegenheit als Wiedervorlage behandle.

Wenn es gewollt werde, ziehe er den Verwaltungsantrag zurück, dann sei es ganz klar.

Frau **Bohley**, Neues Forum, klärte auf, ihre Fraktion habe diesen Antrag gestellt, und es habe sich herausgestellt, daß die Verwaltung schon dabei gewesen sei, an diesem Thema zu arbeiten. Deshalb sei es jetzt korrekt, daß es ein Antrag der Verwaltung sei. Ihre Fraktion habe damals den Antrag auch nicht abstimmen lassen, weil diese Doppelung da gewesen sei. Sie könne nicht erkennen, worin das Problem liege, wenn man jetzt über einen Antrag der Verwaltung abstimme, der allen rechtzeitig zugegangen sei.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Abstimmung zum Antrag Stadtrat Prof. Kiel:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Behandlung des Mißbilligungs-  
antrages der SPD-Fraktion in öffentl. Tagung: bei 38  
Ja-Stimmen z u g e s t i m m t**

**Abstimmung Behandlung Thematik  
Robert-Blum-Straße als Wiedervorlage:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Tagesordnung einschl.  
dieser Änderungen:  
mehrheitlich zugestimmt**

Damit wurde folgende **Tagesordnung** bestätigt:

TOP 01 **Genehmigung der Niederschrift** der 43. Tagung am 24. Juni 1998

(öffentlicher Teil)

TOP 02 **Beschlußvorlage - Änderungsverfahren zum  
Flächennutzungsplan der Stadt**

**Halle (Saale) lfd. Nr. 1 Wörmlitz - Ehemalige  
Garnison und Umfeld**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1060

TOP 03 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.4; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) West  
- Aufstellungsbeschluß  
- Auslegungsbeschluß

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1054

TOP 04 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.4; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) West  
- vorgezogener Abwägungsbeschluß  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1055

TOP 05 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.4; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) West  
- vorbehaltlicher Satzungsbeschluß  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1056

TOP 06 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) Ost  
- Aufstellungsbeschluß  
- Auslegungsbeschluß  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1057

TOP 07 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) Ost - vorgezogener  
Abwägungsbeschluß

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1058

TOP 08 **Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz -  
Kirschberg**

(Ehem. Garnison) Ost - vorbehaltlicher  
Satzungsbeschluß

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1059

TOP 09 **Beschlußvorlage - Änderungsverfahren des  
Flächennutzungsplanes der Stadt**

Halle (Saale) lfd. Nr. 2 Büschdorf nördlich der  
Delitzscher Straße  
Änderung von Grünfläche in Wohnbaufläche  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1061

TOP 10 **Beschlußvorlage - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der**  
Satzung zum Bebauungsplan Nr. 70.1 - Wohnungsbau  
Halle-Büschdorf,  
Bierrain/Diemitzer Graben  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1062

TOP 11 **Beschlußvorlage - Eckbebauung Leipziger Straße/Kleine  
Brauhausstraße**  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1079

TOP 12 **Beschlußvorlage - Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 15  
- Beschluß zur Aufhebung des Satzungsbeschlusses  
für einen Teilbereich**  
Bebauungsplan Nr. 15.1 Wohnbebauung Halle-Dautzsch,  
Reideburger Landstraße  
- Beschluß zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes  
zum Bebauungsplan  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1066

TOP 13 **Beschlußvorlage - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der**  
Satzung zum Bebauungsplan Nr. 103, Wohnbebauung  
Halle-Büschdorf,  
Käthe-Kollwitz-Straße  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1068

TOP 14 **Beschlußvorlage - Abwägung der zur Baumschutzsatzung der  
Stadt Halle (Saale)**  
vorgebrachten Bedenken und Anregungen  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1026

TOP 15 **Beschlußvorlage - Baumschutzsatzung der Stadt Halle  
(Saale)**  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1027

TOP 16 **Beschlußvorlage - Fremdenverkehr**  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/785

TOP 17 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für die HAL-  
Sanierungs- und**  
Entwicklungsgesellschaft Halle mbH  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1094

TOP 18 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für die HAL-  
Arbeitsförderungsgesell-  
schaft Halle mbH**  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1095

TOP 19 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für die  
Technologie- und**  
Gründerzentrum Halle GmbH (TGZ)  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1096

TOP 20 **Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß für die Bio-  
Zentrum Halle GmbH**  
Vorlage-Nr.: 98/I-44/1097

TOP 21 **Beschlußvorlage - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der**

**Satzung zum Bebauungsplan Nr. 88.2**

**„Gießereidreieck“**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1064

TOP 22 **Beschlußvorlage - Neuregelung der Eintrittspreise für das Händel-Haus**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1098

TOP 23 **Beschlußvorlage - Antrag auf überplanmäßige Haushaltsmittel 1998**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1104

TOP 24 **Beschlußvorlage - zur Brücke zur Rabeninsel**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1093

TOP 25 **Beschlußvorlage - Gestaltung untere Leipziger Straße/Konkretisierung zur**

**Materialfestlegung für die Fußgängerzone untere Leipziger Straße im Ergebnis des**

**Stadtratsbeschlusses vom 22. 04. 1998**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1091

TOP 26 **Beschlußvorlage - Namensgebung für Kommunale Kindertageseinrichtungen in**

**der Stadt Halle**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1107

TOP 27 **Wiedervorlage von Anträgen**

**Beschlußvorlage - zur versuchsweisen Umwandlung der Robert-Blum-Straße im**

**Bereich zwischen der Schleiermacherstraße und der Windthorststraße in einen**

**Fußgängerbereich**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/1015

TOP 28 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Neues Forum und PDS -

**zur Kinderbibliothek Lessingstraße**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-472

Antrag der SPD-Fraktion - **Jahresarbeitsvertrag für jeden Sozialhilfeempfänger ab 1999**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-464

Antrag des Bildungs- und Kulturausschusses - **Bildung einer Klasse ab 5. Schuljahrgang mit genehmigtem künstlerischem Schwerpunkt Musik/Chor an der**

**KGS „Ulrich v. Hutten“**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-465

Antrag des Bildungs- und Kulturausschusses - **Bildung einer Klasse ab 5. Schuljahrgang mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Jugendblasorchester der Stadt Halle an**

**der KGS „Wilhelm v. Humboldt“**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-466

Antrag der CDU-Fraktion - **betreffend die öffentlichkeitswirksamere Präsentation der Händel-Festspiele 1999**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-467

Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - **betreffend die  
Feier zum Jahreswechsel  
1999/2000**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-468

Antrag des Stadtrates Geuther, CDU - **zur  
Erschließung der Wohn- und Gewerbe-  
gebiete im Zusammenhang mit dem Brückenneubau  
Industriestraße im Stadtteil  
Ammendorf**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-469

Antrag der SPD-Fraktion - **Erarbeitung eines  
„Wirtschaftspolitischen Leitbildes“  
der Stadt**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-470

Antrag der Stadträtin Dr. Frühauf, Fraktion  
Volkssolidarität 1990 e. V./  
DIE GRAUEN-Graue Panther - **Stand und Perspektive  
der Arbeit für die Belange  
der älteren Bürgerinnen und Bürger in der Stadt  
Halle (Saale)**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-471

Antrag der SPD-Fraktion - **Einleitung eines  
Disziplinarverfahrens gegen den Ober-  
bürgermeister**

Vorlage-Nr.: 98/I-44/A-474

TOP 29 **Anfragen von Stadträten**

TOP 30 **Mitteilungen**

## **Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschrift**

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Niederschrift der 43. öffentlichen  
Tagung des Stadtrates  
am 24.06.1998.

**Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift:** **mehrheitlich  
z u g e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 43. öffentlichen Tagung des  
Stadtrates der Stadt  
Halle (Saale) am 24.06.1998 in der vorliegenden Form **g e n e h m  
i g t.**

Der Vorsitzende des Stadtrates gab die in der 43. Tagung in  
**nichtöffentlicher Beratung**  
**gefaßten Beschlüsse** des Stadtrates bekannt.

**Zu TOP 02 - Beschlußvorlage - Änderungsverfahren zum  
Flächen-**

**nutzungsplan der Stadt Halle**  
**(Saale), Lfd. Nr. 1 Wörmlitz,**  
**Ehemalige Garnison und Umfeld**  
Vorlage Nr. 98/I-44/1060

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-44/1060 - Änderungsverfahren zum  
Flächennutzungsplan der Stadt

Nr. 1 Wörmlitz, Ehemalige Garnison und

Halle (Saale), Lfd.

Umfeld

---

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Vorschlag zur Änderung des  
Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 1 Wörmlitz  
ehemalige Garnison und Umfeld „Änderung von  
Nutzungsdarstellungen“  
wird gebilligt.

2. Der Vorschlag zur FNP-Darstellungsänderung lfd.  
Nr. 1 ist gem. § 3 Abs. 2  
BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung  
öffentlich auszulegen.

3. Die Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4  
Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

---

Zu TOP 03 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.4;  
Wörmlitz - Kirschberg (Ehem.  
Garnison) West -  
Auslegungsbeschuß -  
Aufstellungsbeschuß -  
Vorlage Nr. 98/I-44/1054

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:       mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1054 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr.  
31.4; Wörmlitz -  
Garnison) West - Aufstellungsbeschuß -  
Kirschberg (Ehem.  
Auslegungsbeschuß

- 
- 
1. Der Stadtrat beschließt gem. § 2 des Baugesetzbuches, den Bebauungsplan Nr. 31.4 mit geändertem Geltungsbereich aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Wörmlitz - Kirschberg (ehem. Garnison) West“. der Geltungsbereich ist aus der Planzeichnung ersichtlich.
  2. Der Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31, Wörmlitz, vom 10.07.1991, Beschluß Nr. 91/I-18/323 wird für die Teilbereiche, die mit dem oben stehenden Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31.4 erfaßt sind, aufgehoben. Der Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31.4 vom 10.05.1995, Beschluß Nr. 95/I-09/165 wird aufgehoben und durch den Beschluß unter Nr. 1 ersetzt.
  3. Die frühzeitige Erörterung der Planung mit den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange ist für die Bebauungspläne Nr. 31 und 31.4 bereits durchgeführt worden. Auf die erneute Durchführung dieser Verfahrensschritte wird gemäß § 3 Abs. 1, Satz 2, Nr. 2 des Baugesetzbuches verzichtet.
  4. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 31.4, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Textliche Festsetzungen) sowie des Entwurfes der Begründung.
  5. Die Verwaltung wird beauftragt, den unter Nr. 4 genannten Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches auf die Dauer eines Monats öffentlich auszu-legen. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekanntzumachen.

---

Zu TOP 04 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.4;  
Wörmlitz-Kirschberg (Ehem.  
Garnison) West -  
vorgezogener Abwägungsbeschuß  
Vorlage Nr. 98/I-44/1055

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.



Abstimmung zur Vorlage: bei 39 Ja-Stimmen 1 Nein-  
Stimmen  
Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt 1

Beschluß Nr. 98/I-44/1056 - Bebauungsplan Nr. 31.4; Wörmlitz-  
Kirschberg (Ehem. Garnison) West  
- vorbehaltlicher Satzungsbeschluß

---

Der Stadtrat beschließt den Entwurf des  
Bebauungsplanes Nr. 31.4 bereits jetzt,  
unter dem Vorbehalt, daß während der öffentlichen  
Auslegung keine Anregungen  
geltend gemacht werden, die eine Abwägung erfordern,  
als Satzung.

Der Stadtrat stimmt der Begründung des  
Bebauungsplanes als Satzungs begründung  
unter den selben Vorbehalten zu.

---

Zu TOP 06 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6;  
Wörmlitz-Kirschberg (Ehem.  
Garnison) Ost -  
Aufstellungsbeschluß -  
Auslegungsbeschluß  
Vorlage Nr. 98/I-44/1057

---

Es bestand kein Diskussionsbedarf zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:           mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1057 - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz-  
Kirschberg (Ehem. Garni-  
son) Ost -  
Aufstellungsbeschuß -Auslegungsbeschuß

---

1.       Der Stadtrat beschließt gem. § 2 des Baugesetzbuches, den Bebauungsplan Nr. 31.6 aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Wörmlitz-Kirschberg (Ehem. Garnison) Ost“. Der Geltungsbereich ist aus der Planbezeichnung ersichtlich.
2.       Der Aufstellungsbereich zum Bebauungsplan Nr. 31 vom 10.07.1991, Beschluß Nr. 91/I-18/323 wird für die Teilbereiche, die mit dem oben stehenden Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31.6 erfaßt sind, aufgehoben. Der Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31.2 vom 21.04.1993, Beschluß Nr. 93/I-37/796 wird für die Teilbereiche außerhalb des Flurstücks 6/334, die mit dem oben stehenden Aufstellungsbeschuß zum Bebauungsplan Nr. 31.6 erfaßt sind, aufgehoben.
3.       Die frühzeitige Erörterung der Planung mit den Bürgern und den Trägern öffentlicher belange ist für den Bebauungsplan Nr. 31 bereits durchgeführt worden. Auf die erneute Durchführung dieser Verfahrensschritte wird gemäß § 3 Abs. 1, Satz 2, Nr. 2 des Baugesetzbuches verzichtet.
4.       Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 31.6, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Textliche Festsetzungen) sowie des Entwurfes der Begründung.
5.       Die Verwaltung wird beauftragt, den unter Nr. 4 genannten Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches auf die Dauer eines Monats öffentlich auszu-legen. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekanntzumachen.

---

---

Zu TOP 07 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6;  
Wörmlitz-Kirschberg (Ehem.  
Garnison) Ost -  
vorgezogener Abwägungsbeschuß  
Vorlage Nr. 98/I-44/1058

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:       mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1058 - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz-  
Kirschberg  
vorgezogener Abwägungsbeschuß  
(Ehem. Garnison) Ost -

---

---

1. Die eingegangenen Anregungen werden gemäß den  
Beschlüßvorschlägen  
aus Teil II der Vorlage berücksichtigt bzw.  
teilweise berücksichtigt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einwender  
von dem Abwägungsergebnis  
zu unterrichten, soweit die Anregungen nur  
teilweise berücksichtigt wurden.

---

---

Zu TOP 08 - Beschlußvorlage - Bebauungsplan Nr. 31.6;  
Wörmlitz-Kirschberg (Ehem.  
Garnison) Ost -  
vorbehaltlicher Satzungsbeschluß  
Vorlage Nr. 98/I-44/1059

---

---

Es bestand kein Diskussionsbedarf zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:	bei	38	Ja-Stimmen	
Stimmen				1
Enthaltungen	mehrheitlich	z u g e s t i m m t		1

Beschluß Nr. 98/I-44/1059 - Bebauungsplan Nr. 31.6; Wörmlitz-  
Kirschberg (Ehem. Garni-  
son) Ost -  
vorbehaltlicher Satzungsbeschluß

---

---

Der Stadtrat beschließt den Entwurf des  
Bebauungsplanes Nr. 31.6 bereits jetzt,  
unter dem Vorbehalt, daß während der öffentlichen  
Auslegung keine Anregungen  
geltend gemacht werden, die eine Abwägung erfordern,  
als Satzung.  
Der Stadtrat stimmt der Begründung des  
Bebauungsplanes als Satzungs begründung  
unter den selben Vorbehalten zu.

---

---

Zu TOP 09 - Beschlußvorlage - Änderungsverfahren des  
Flächen-

(Saale) lfd. Nr. 2  
Delitzscher Straße  
Wohnbaufläche

nutzungsplanes der Stadt Halle  
Büschdorf nördlich der  
Änderung der Grünfläche in  
Vorlage Nr. 98/I-44/1061

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:       mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1061 - Änderungsverfahren des  
Flächennutzungsplanes der Stadt

2 Büschdorf nördlich der Delitzscher  
Grünfläche in Wohnbaufläche

Halle (Saale) lfd. Nr.  
Straße  
Änderung der

---

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Vorschlag zur Änderung des  
Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 2 Büschdorf  
nördlich der Delitzscher Straße „Änderung von  
Grünfläche in Wohnbaufläche“  
wird gebilligt.
2. Der Vorschlag zur FNP-Darstellungsänderung lfd.  
Nr. 2 ist gemäß § 3 Abs. 2  
BauGB nach ortsüblicher Bekanntmachung  
öffentlich auszulegen.
3. Die Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4  
Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

---

---

Zu TOP 10 - Beschlußvorlage - Beschluß über die  
öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der Satzung zum  
Bebauungsplan Nr. 70.1 -  
Wohnungsbau Halle-Büschdorf,  
Bierrain/Diemitzer Graben  
Vorlage Nr. 98/I-44/1062

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-44/1062 - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der  
Satzung zum  
Bebauungsplan Nr. 70.1 - Wohnungsbau  
Halle-Büschdorf,  
Bierrain/Diemitzer Graben

---

---

1. Der Stadtrat beschließt folgende  
Verfahrensänderungen zum Aufstellungs-  
beschluß des Bebauungsplanes Nr. 70. Für den  
nachfolgend beschriebenen  
Teil des Geltungsbereiches wird das verfahren  
als Bebauungsplan Nr. 70.1  
mit der Bezeichnung Halle-Büschdorf,  
Bierrain/Diemitzer Graben weiterge-  
führt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes  
Nr. 70.1 wird gemäß  
Beschreibung und Planzeichnung festgesetzt.

2. Der Stadtrat beschließt den vorliegenden  
Entwurf des Bebauungsplanes,  
bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil  
B (Textliche Festsetzung)  
sowie den Entwurf der Begründung.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den unter Nr. 2 genannten Entwurf gemäß

§ 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches auf die Dauer von einem Monat öffentlich auszulegen.

4. Ort und Zeitraum der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekanntzumachen und Gelegenheit zu Anregungen zu geben.

---

## Zu TOP 11 - Beschlußvorlage - Eckbebauung Leipziger Straße/Kleine

### Brauhausstraße

Vorlage Nr. 98/I-44/1079

---

Herr **Dr. Brockmann** teilte mit, daß zu der Beschlußvorlage eine Ergänzung der Verwaltung vorliege.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte zur vertraglichen Vereinbarung, die zwischen dem Bauherrn und der Verwaltung geschlossen werden sollte, daß folgender Passus darin aufgenommen werde:

***Der vorliegende Beschluß steht unter dem Vorbehalt, daß die Firma Lührs City Bau den rechtsverbindlichen und unwiderruflichen Verzicht auf sämtliche Übernahme-, Entschädigungs- und Schadenersatzansprüche erklärt, die ihr möglicherweise aufgrund der von ihr behaupteten Verzögerung der Bebauung der Flurstücke Flur 55, Nr. 2 und 3 zustehen.***

Die Verwaltung habe sich verpflichtet, den endgültigen Bauentwurf dem Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten vorzulegen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, ging auf den Stadtratsbeschluß vom Dezember 1996 ein, mit dem man sich mit deutlicher Mehrheit für ein grünes Kapital und nicht für ein totes Kapital entschieden habe. Man sollte von den Bürgern und auch von den Investoren erwarten können, daß man einen solchen Beschluß auch akzeptiere. Wenn man ihn nicht akzeptiere und Planungen in der gleichen Richtung weiter treibe, könne man dieses Risiko, was man dann auf sich genommen habe, nicht ins Feld führen, um die entsprechende Maßnahme durchzusetzen.

Das sei für ihn Erpressung.

Der einzige grüne Bereich, den man auf der Leipziger Straße neben ein paar kleineren Zonen habe, sei dieser Bereich um die acht Kastanien und der ein riesiges Potential bilde als Anziehungspunkt zum Verweilen für die Gäste in der Innenstadt. Man müsse also eine entsprechende Entscheidung treffen. Sollte das Grundstück zu einer Grünzone für die Stadt ent-

wickelt werden, müsse es natürlich von der Stadt erworben werden müssen. Den Bürgern, die sich bisher äußerst positiv auch zu der Initiative, diese Entscheidung den Bürgern zu überlassen und nicht dem Stadtrat, bekannt hätten - etwa 1000 Unterschriften lägen schon vor - sei immer deutlich gesagt worden, daß die Kastanien nicht zum Nulltarif zu haben seien.

Es werde, wenn man das Gutachten zugrunde lege, etwa 2,5 Mio DM kosten.

Der Investor sei zum Zeitpunkt März im Besitz des Grundstückes Nr. 3 gewesen. Das sei

das kleinere Grundstück an der Brauhausstraße, gegen dessen Bebauung er nichts einzuwenden hätte. Damit würden die Kosten für dieses Grundstück schon herausfallen. Nach Grundbuchauszug sei im März 1998 noch eine Erbengemeinschaft eingetragen gewesen. Das heiße,

der Investor habe die Stadt auf jeden Fall im Dezember 1996 belogen; immer habe es ge-

heißen, der Investor sei im Besitz der Grundstücke. Er vermute, daß dieser Kauf wahrschein-

lich mit einem Vorbehalt gekennzeichnet sei, daß das ganze Verfahren rückabgewickelt

werde, wenn dort nicht gebaut werden könne, so daß sich Fragen des Schadenersatzes aus seiner Sicht sich begrenzen müßten auf die Frage des Grundstückspreises für das Grundstück

Nr. 2.

Die Initiative „Pro Kastanien“ habe eine breite Zustimmung gefunden. Für vier der

acht Kastanien gebe es Paten. Als Pate einer dieser Kastanien fühle er sich legitimiert, eine

solche Initiative ins Leben zu rufen. Sollte der Beschluß des Stadtrates heute gegen die

Kastanien fallen, werde ab morgen dort täglich von 9 bis 18 Uhr jemand bei den Kastanien

stehen und Unterschriften sammeln. Man werde ein Bürgerbegehren initiieren und 10 000

Unterschriften sammeln, um dann mit einer Abstimmung die halleschen Bürger an den

Wahlurnen entscheiden zu lassen, ob sie für die Kastanien mit den entsprechenden Kosten

oder für die Bebauung dieses Grundstückes sind.

Herr **Sänger**, CDU, lege den Standpunkt seiner Fraktion dar.

Unfaßbar sei, die Frage aufzu-

werfen, acht Kastanien für 2,5 Mio DM zu erwerben. Seine Fraktion vertrete die Meinung,

daß in diesem Bereich eine Bebauung vorhanden gewesen sei und daß es nicht nur darum

gehe, die Kastanien unter diesem Blickwinkel zu betrachten, sondern eine gestalterische

Abschlußlösung der Bebauung, die im Moment eine Abbruchlösung sei, herbeizuführen.

Der Eckbebauung sollte zugestimmt werden und diese in die

Gestaltung der Leipziger Straße

mit einbezogen werden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, meinte, zu Herrn Sänger gewandt, man könne nicht immer dann

sagen, wann es einem passe, da gebe man ruhig 2 Mio DM mehr aus für Granit und wenn

es nicht passe, werde eine Ecke, die eigentlich eine Ruhezone sei, herunterdividiert auf

sechs Kastanien. Würde diese Ecke ordentlich gestaltet werden, hätte sie sicher eine hohe

Akzeptanz bei den Bürgern. Man habe eine steinerne alte Innenstadt. Der Vorschlag von Herrn Dr. Köck sei zumindest liebenswürdig, was die Bürger betreffe.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, die Verwaltung habe in Erfüllung des Stadtratsbeschlusses mehrfach Anträge des Bauherrn auf Bebauung abgelehnt. Dann seien neue Fakten aufgetreten, die den Oberbürgermeister verpflichtet haben, eine neue Vorlage zu machen, um letzten Endes auch Schaden abzuwenden. Das eine sei die Eigentumsfrage, die 1996 so astrein noch nicht geklärt gewesen sei. Es sei richtig, was gesagt worden sei, der Bauherr habe eine sogenannte Auflassungsvormerkung, stehe noch nicht definitiv als Eigentümer im Grundbuch. Eine Auflassungsvormerkung schaffe Rechte, aber auch Vorbehalte. Das zweite sei der Bodenwert gewesen; jetzt seien 4 900 DM durch den staatlichen unabhängigen Gutachterausschuß festgestellt worden. Wenn Herr Köck sage, er wolle im Sinne des Stadtratsbeschlusses nur eine Teilbebauung des Flurstückes 2, dann gelte trotzdem, daß die Stadt den dadurch entstandenen Planungsschaden entschädigen müsse. Der dritte Punkt sei der Kompromiß. Es sei ganz wesentlich, daß der Investor gesagt habe, er sei bereit, nur noch die zwei Flurstücke zu bebauen, aber nicht bereit, nur die Kaschierung für das „Woolworth“-Gebäude zu machen. Natürlich bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Bodenwert und der erzielbaren Rendite der Hauptnutzfläche. Diese Relation sei sehr ungünstig, wenn hinter den Kastanien nur ein kleines Häuschen gebaut werde. Die Stadt habe, auch nach Aussage ihrer Juristen, eigentlich keine Chance, das Übernahmeverlangen abzuwehren.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rau** äußerte, er halte es für eine völlig falsche Alternative, Grün, wie es jetzt sei, gegen eine angeblich steinerne Fläche entgegenzusetzen. Wenn man sich die Gestaltungsvorschläge für die untere Leipziger Straße im Umfeld der Ulrichskirche ansehe, erkenne man, daß entscheidender Wert darauf gelegt worden sei, die Aufenthaltsqualität im Bereich der Ulrichskirche zu verstärken. Das gehe nicht mit den dort jetzt stehenden Kastanien, sondern es müsse eine neue Lösung geschaffen werden. Wenn in den Veröffentlichungen an die Bürger der Eindruck erweckt worden sei, als stünde dort ein schöner angenehmer grüner Fleck gegenüber einer gesichtslosen steinernen Fläche, die keine Aufenthaltsqualität habe, dann sei das nicht richtig. Die jetzige städtebauliche Situation sei katastrophal. Es sei für jeden, der neu in diese Stadt komme und der über die Bäume hinwegschau, eine unerträgliche Lösung an einem ganz zentralen Punkt der Stadt. Die steil aufragende Giebelwand und das Gelumpe, das sich von der Leipziger Straße weg in Richtung Kleine Brauhausstraße entwickle, sei eine Schande für eine Straße, die sich anschiebe, vielleicht wieder einmal etwas wie ein Boulevard zu werden. Deswegen könne die Alternative nur in der Gesamtschau dieses jetzigen Vorschlages liegen: eine vernünftige Bebauung, eine vernünftige Begrünung an der Stelle der jetzigen, die anders aussehen werde, aber mindestens die gleiche Aufenthaltsqualität haben werde und

eine vernünftige Gestaltung der Flächen, die er für wirklich schlecht gestaltet halte.  
Wenn man das noch zusammensehe mit dem enormen Aufwand für eine Fläche, die man entschädigen müsse, dann bleibe nur die Möglichkeit, jetzt hier einen neuen Versuch zu machen. Für ihn stehe nicht das Geld im Vordergrund, sondern die Umgestaltung zur einer besseren Lösung, die noch dadurch schmackhaft gemacht werde, daß man damit auch noch Geld sparen könne, das man sonst ausgeben müsse.

Herr **Dr. Busmann** ergänzte, bei der Summe handle es sich nicht um 2,5 Mio DM, sondern um 2,96 Mio DM.

Frau **Schaffer**, PDS, sprach sich für den Erhalt dieses Bereiches als Kommunikationsecke aus.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, er denke, es gehe nicht nur um das Grün, sondern es sei sicher auch in der Historie der Stadtentwicklung der letzten Jahre mit begründet, daß jeder Stadtrat, jeder Einwohner sorgenvoll auf das schaue, was neu entstehe. Man habe gerade im Bereich der Leipziger Straße ein paar Beispiele, die er als wenig gelungen bezeichnen würde, z.B. das Ritterhaus. Deshalb sei es für seine Fraktion besonders wichtig, daß man darauf Einfluß nehmen möchte, daß die Bebauung, die da entstehen solle, auch wirklich eine städtebauliche Qualität gewährleistet. Das sei für seine Fraktion das entscheidende Bewertungskriterium bei der Zustimmung zur Vorlage. Wenn man eine Umfrage starte, ob die Bäume an dieser Stelle erhalten werden sollen, dann sollte auch umfassend darauf hingewiesen werden, alle Dinge und Kriterien zu bewerten, die für eine solche Entscheidung relevant seien. Seine Fraktion werde der vorgelegten Vorlage zustimmen mit der Maßgabe, daß alles dafür getan werde, daß die Bebauung den Qualitätsanforderungen entspreche.

Herr **Dr. Köck** meinte, natürlich gehe es darum, die Kastanien zu erhalten. Aber die Kastanien seien der schon vorhandene Mittelpunkt eines grünen Platzes, der selbstverständlich entsprechend der Bedeutung, die jetzt schon jeder spüre, auch ausgestaltet werden müsse. Dieser Platz befinde sich in einem Stadium eines Schwebeszustandes. Die Stadt habe dort aus berechtigten Erwägungen heraus kein Geld investiert. Daß die alten Kioske weg müßten, die Brandmauer neu gestaltet werden müsse, daß das alles im Zuge der Neugestaltung der Leipziger Straße geschehen müsse, sei richtig. Um diesen grünen Standplatz zu retten, sei er durchaus bereit, auch für Teile mit Betonpflaster zu stimmen.

Herr **Dölle**, CDU, erklärte, vor eineinhalb Jahren habe er für den Erhalt des jetzigen Platzes gestimmt. Damals sei es ihm auch nicht in erster Linie um die Kastanien gegangen, sondern

um den Verweilplatz. Das Leben bestehe oft aus Kompromissen; er glaube schon, daß der jetzige Vorschlag zu dem, was damals vorgeschlagen war, einen Kompromiß darstelle. Durch die Öffnung des Platzes werde durchaus ein Verweilplatz entstehen. Man sollte diesem Kompromiß zustimmen.

Herr **Boltze**, Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN-Graue Panther, stellte den **Geschäftsordnungsantrag auf Abschluß der Debatte**.

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag  
Abbruch der Debatte:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., beantragte namens seiner Fraktion eine **namentliche Abstimmung**.

**Abstimmung zum Antrag auf namentliche  
Abstimmung:  
mit mehr als einem Fünftel des  
Stadtrates z u g e s t i m m t**

**Namentliche Abstimmung:**

Ackermann, Dr. Jürgen	Ja	
Bock, Dr. Dieter	Ja	
Bönisch, Bernhard	Ja	
Bohley, Heidi	Ja	
Boltze, Heinz	Ja	
Brockmann, Dr. Justus		Nein
Doege, Eberhard	Ja	
Dölle, Clemens	Ja	
Dorn, Irmela	zur Tagung nicht anwesend	
Dreizehner, Karl-Heinz		bei Abstimmung
nicht anwesend		
Ehlert, Heidemarie	Nein	
Faßhauer, Wilhelm	nicht anwesend	
Frach, Jutta		zur
Tagung nicht anwesend		
Frühauf, Dr. Gerda		Nein
Fuchs, Ute	Nein	
Geuther, Joachim		Ja
Greuel, Mechthild		Nein
Günther, Harry		Ja
Hackel, Hans Dietger		Nein
Handweg, Bärbel		zur Tagung nicht
anwesend		
Haupt, Hanna		bei Abstimmung
nicht anwesend		
Haupt, Ute		Nein
Heft, Uwe		Nein
Isbaner, Prof. Werner		Nein

Jeschke, Peter		Enthaltung
Kautz, Ingo		Ja
Kiel, Prof. Siegfried		Nein
Klapperstück, Dr. Michael	Nein	
Kley, Gerry		Ja
Knittel, Joachim		Ja
Köck, Dr. Uwe-Volkmar	Nein	
Koehn, Dr. Horst		zur Tagung
nicht anwesend		
Koehn, Gottfried		Nein
Krischok, Marion		zum
Tagesordnungspunkt nicht anwesend		
Küpperbusch, Bernd	Ja	
Kupke, Wolfgang	Ja	
Lenk, Margrit		zur Tagung
nicht anwesend		
Lorenz, Günter		Nein
Meerheim, Dr. Bodo	Nein	
Mikesch, Frank		zur Tagung
nicht anwesend		
Müller, Klaus		Nein
Müller-Gerberding, Dr. Ralf	zur Abstimmung nicht anwesend	
Rauen, Dr. Klaus		Ja
Reinhardt, Dr. Volker	Ja	
Sänger, Frank		Ja
Schaffer, Marlies		Nein
Scheller, Barbara	zur Abstimmung nicht anwesend	
Schmiedel, Ursula	Ja	
Scholze, Friedemann	zum Tagesordnungspunkt nicht anwesend	
Schuh, Prof. Dr. Dieter	Nein	
Stroisch, Klaus		zur Tagung
nicht anwesend		
Tanneberger, Prof. Heino	zur Tagung nicht anwesend	
Tannenberg, Heidrun	zur Tagung nicht anwesend	
Veith, Hendrik	Ja	
Werner, Dr. Ulrich	zum Tagesordnungspunkt nicht anwesend	
Wolf, Petra	zur Tagung nicht anwesend	
Wuttke, Dr. Charlotte		Ja

bei

20 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1079 - Eckbebauung Leipziger Straße/Kleine  
Brauhausstraße

---

1. Die im Vertrag zwischen der Stadt und dem Bauherren Lührs City Bau GmbH & C o. KG, Stade, getroffenen Vereinbarungen (Anlage 1) werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Die dem Vertrag als Vertragsbestandteil zugrunde liegende städtebauliche Studie (Anlage 2) zur Bebauung der im Eigentum bzw. Besitz des Bauherren stehenden Grundstücke Leipziger Straße 95 und Kleine Brauhausstraße 1 (Flurstücke Flur 55, Flurstück 2 und 3) wird als neues Ziel der Sanierung bestätigt.

3. Das Vorliegen der Beurteilungskriterien für die Erteilung einer Baugenehmigung nach den Vorschriften des § 34, Absätze 1 und 2 BauGB für die Flurstücke Flur 55, Nr. 2 und 3 wird bestätigt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 36 BauGB erteilt.

4. Der der Anwendung von § 34 BauGB entgegenstehende Beschluß des Stadtrates vom 18.12.1996 - Weiterverfolgung des Bebauungsplanverfahrens für den ausgeklammerten Teilbereich A-K gemäß § 10 BauGB - wird aufgehoben.

5. Die Verwaltung wird beauftragt:

- in Verbindung mit der Neugestaltung der Leipziger Straße, insbesondere des Bereichs um die Ulrichskirche mit der Einmündung von Kleine Brauhausstraße in die Leipziger Straße eine Ersatzmaßnahme für die bestehende Freianlage in vergleichbarer Qualität sicherzustellen;
  - eine der besonderen städtebaulichen Situation gerecht werdende architektonische Gestaltung bei Gebäuden und Umfeld durchzusetzen;
  - umgehend eine vertragliche Regelung über die Kostenbeteiligung des Bauherren Lührs City Bau an der Neugestaltung des näheren Umfeldes zu treffen;
  - den endgültigen Bauentwurf im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten vorzustellen.
- 
-

Zu TOP 12 - Beschlußvorlage - Vorhaben- und  
Erschließungsplan Nr. 15 -  
Satzungsbeschlusses für einen  
15.1 Wohnbebauung  
Landstraße -  
Auslegung des Entwurfs zum  
Beschuß zur Aufhebung des  
Teilbereich Bebauungsplan Nr.  
Halle-Dautzsch, Reideburger  
Beschuß zur öffentlichen  
Bebauungsplan  
Vorlage Nr. 98/I-44/1066

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1066 - Beschlußvorlage - Vorhaben- und  
Erschließungsplan Nr. 15 -  
des Satzungsbeschlusses für einen  
Beschuß zur Aufhebung  
Teilbereich

Wohnbebauung Halle-Dautzsch,  
- Beschluß zur öffentlichen Auslegung  
Bebauungsplan

Bebauungsplan Nr. 15.1  
Reideburger Landstraße  
des Entwurfs zum

- 
1. Der Satzungsbeschluß für den in Anlage 2 gekennzeichneten Teilbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 15 wird aufgehoben.
  2. Der Geltungsbereich des B-Planes Nr. 15.1, der dem Aufstellungsbeschluß zugrunde lag, wird gemäß der Planzeichnung (Teil A) neu festgesetzt.
  3. Der Stadtrat billigt den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus Teil A (Planzeichnung) und Teil B (Textliche Festsetzungen) sowie den Entwurf der Begründung.
  4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Nr. 3 genannten Entwürfe gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen sowie die von der Planung berührten Träger öffentlicher belange zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekanntzumachen.
- 

Zu TOP 13 - Beschlußvorlage - Beschluß über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Satzung zum Bebauungsplan Nr. 103, Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Käthe-Kollwitz-Straße  
Vorlage Nr. 98/I-44/1068

---

Es bestand kein Diskussionsbedarf zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:           m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1068 - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der

Bebauungsplan Nr. 103, Wohnbebauung  
Käthe-Kollwitz-Straße

Satzung zum  
Halle-Büschdorf,

---

1. Der Stadtrat beschließt die öffentliche  
Auslegung des Entwurfes der Satzung  
zum Bebauungsplan Nr. 103, Wohnbebauung Halle-  
Büschdorf, Käthe-Kollwitz-  
Straße, einschließlich der Begründung der  
Satzung für die Dauer von einem  
Monat.

2. Ort und Zeitraum der öffentlichen Auslegung  
sind ortsüblich bekanntzu-  
machen und Gelegenheit zur Anregung zu geben.

---

Zu TO 14 - Beschlußvorlage - Abwägungen der zur  
Baumschutzsatzung

der Stadt Halle (Saale)  
vorgebrachten Bedenken und  
Anregungen

Vorlage Nr. 98/I-44/1026

---

Der Tagungsleiter wies darauf hin, daß die Verwaltung ein  
Ergänzungsblatt vorgelegt habe.

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich    z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1026 - Abwägungen der zur Baumschutzsatzung  
der Stadt

Halle (Saale)

vorgebrachten Bedenken und Anregungen

---

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die  
Abwägungen der zur  
Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)  
vorgebrachten Bedenken und  
Anregungen.

---

Zu TOP 15 - Beschlußvorlage - Baumschutzsatzung der  
Stadt Halle (Saale)

Vorlage Nr. 98/I-44/1027

---

Zu dieser Vorlage sei ein Ergänzungsblatt zu beachten.

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:	bei	27	Ja-Stimmen		
Stimmen				2	Nein-
Enthaltungen	mehrheitlich	z u g e s t i m m t		3	

**Beschluß Nr. 98/I-44/1027 - Baumschutzsatzung der Stadt Halle  
(Saale)**

---

---

**Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die  
Baumschutzsatzung der  
Stadt Halle (Saale).**

---

---

**Zu TOP 16 - Beschlußvorlage - Fremdenverkehr**

Vorlage Nr. 98/I-44/785

---

---

Der Tagungsleiter machte auf ein Austauschblatt zur Vorlage aufmerksam.

Herr **Doege**, CDU, dankte der Verwaltung, daß mit dieser Vorlage ein Antrag seiner Fraktion umgesetzt worden sei.  
In der Vorlage werde darauf hingewiesen, daß ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit die notwendige Weiterbildung der Verwaltungsangestellten sei, die in den Halle-Tourist-Verein hinüberwechseln. Wenn man auf diesem Wege weiterkommen wolle, erscheine der Weiterbildungsbedarf als sehr hoch gegeben und sollte entsprechend durchgeführt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage:   m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/785 - Fremdenverkehr

---

1.   Der Stadtrat beschließt, daß die  
Stadtverwaltung Halle zukünftig die  
          Aufgaben im Zusammenhang mit Fremdenverkehr  
und Touristik nicht mehr  
          wahrnimmt und daß diese Aufgaben in Zukunft  
durch den Halle-Tourist e.V.  
          übernommen werden sollen.

2.   Der Stadtrat beschließt den anliegenden  
Finanzierungsvertrag mit dem  
          Halle-Tourist e.V..

---

Zu TOP 17 - Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß  
für die

**HAL-Sanierungs- und**  
**Entwicklungsgesellschaft Halle mbH**  
                          Vorlage Nr. 98/I-44/1094

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:   m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1094 - Gesellschafterbeschuß für die HAL-  
Sanierungs- und Entwick-

---

Der Stadtrat ermächtigt den Vertreter der Stadt in  
der Gesellschafterversammlung  
der HAL-Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft  
Halle mbH folgendermaßen  
zu beschließen:

1. Der vom Geschäftsführer der HAL-Sanierungs- und  
Entwicklungsgesellschaft  
Halle mbH vorgelegte Jahresabschluß des Jahres  
1997 wird in der von der  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wollert-  
Elmendorff Deutsche Industrie-Treu-  
hand GmbH geprüften und am 20.04.1998 mit dem  
uneingeschränkten  
Bestätigungsvermerk versehenen Form  
festgestellt.

Der Jahresüberschuß beträgt  
43.955,80 DM.

Die Bilanzsumme beträgt  
15.684.747,89 DM.

2. Der Jahresüberschuß in Höhe von 43.955,80 DM  
wird auf neue Rechnung  
vorgetragen.

3. Dem Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr  
1997 die Entlastung erteilt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für  
das Geschäftsjahr 1997  
entlastet.

---

Zu TOP 18 - Beschlußvorlage - Gesellschafterbeschuß  
für die  
Halle mbH  
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft

Vorlage Nr. 98/I-44/1095

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.





**Bio-Zentrum Halle GmbH**  
Vorlage Nr. 98/I-44/1097

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:       mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1097 - Gesellschafterbeschuß für die Bio-Zentrum Halle GmbH

---

---

Der Stadtrat ermächtigt den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle mbH folgendermaßen zu beschließen:

1. Der vom Geschäftsführer der Bio-Zentrum Halle mbH vorgelegte Jahresabschluß des Jahres 1997 wird in der von der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater-sozietät Kapphan und Kollegen geprüften und am 12.05.1998 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt  
9.010,26 DM.

Die Bilanzsumme beträgt  
41.124.517,16 DM.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 9.010,26 DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Dem Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 1997 die Entlastung erteilt.

---

---

Zu TOP 21 - Beschlußvorlage - Beschluß über die  
öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der Satzung zum  
Bebauungsplan Nr. 88.2  
„Gießereidreieck“  
Vorlage Nr. 98/I-44/1064

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:           mehrheitlich   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1064 - Beschluß über die öffentliche Auslegung  
des Entwurfes der  
Satzung zum  
Bebauungsplan Nr. 88.2 „Gießereidreieck“

---

---

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 BauGB, daß  
der Bebauungsplan Nr. 88  
„Altindustriestandorte Halle-Süd“ in  
Teilbereiche aufgeteilt wird.  
Der zweite Teilbereich erhält die Bezeichnung  
Bebauungsplan Nr. 88.2  
„Gießereidreieck“.
  2. Der Stadtrat beschließt die öffentliche  
Auslegung des Entwurfes der Satzung  
zum Bebauungsplan Nr. 88.2. „Gießereidreieck“  
einschließlich der Begründung  
für die Dauer von einem Monat.  
Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung sind  
ortsüblich bekanntzumachen.
- 
-

**Zu TOP 22 - Beschlußvorlage - Neuregelung der  
Eintrittspreise für das**

**Händel-Haus**

Vorlage Nr. 98/I-44/1098

---

---

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:       m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 98/I-44/1098 - Neuregelung der Eintrittspreise für das  
Händel-Haus**

---

---

Der Stadtrat beschließt die vorgeschlagenen  
Änderungen der Eintritts-  
preisregelung für das Händel-Haus Halle gemäß Anlage  
1 zum 01.08.1998.

---

---



## Zu TOP 24 - Beschlußvorlage - Beschluß zur Brücke zur Rabeninsel

Vorlage Nr. 98/I-44/1093

---

(An Diskussion und Abstimmung nahm Herr Stadtrat Dr. Köck gemäß § 31 GO LSA nicht teil.)

Der Tagungsleiter wies darauf hin, daß zu dieser Vorlage ein Sachantrag der Fraktion Neues Forum vorliege.

### **Auf Antrag der Fraktion Neues Forum erscheint ein Wortprotokoll.**

Frau **Ehlert**, PDS: ``Wir haben uns ja schon in verschiedenen Ausschüssen mit dem Für und Wider dieser Brücke beschäftigt. Als erstes, denke ich, wäre das ein Schritt - für mich zumindestens - in Richtung Wirtschaftsförderung. Immer wieder wird hier Wirtschaftsförderung beklagt. Wenn wir dann mal etwas dazu beitragen können, werden dann Gründe vorgebracht, die ich zum Teil nicht nachvollziehen kann. Zweitens bin ich in diesem Stadtteil geboren, groß geworden und wohne auch jetzt wieder dort. Und zu alten Zeit war die Rabeninsel das Naherholungszentrum Nr. 1 für die Südstadt, später dann auch für die Silberhöhe. Nachdem die Fähre wegrationalisiert wurde, ist die Rabeninsel für uns Anwohner zwar noch sichtbar von der Ferne. Wir können der Rabeninsel noch zuwinken, nur `rüber können wir nicht mehr; sie ist ja nur noch von der Neustädter Seite zugänglich. Und alle diese Gründe, denke ich, sprechen dafür, daß man diesem Projekt meines Erachtens doch wohlwollend gegenüber stehen sollte. Also, und auch viele Einwohner der Südstadt und Silberhöhe sehen das so. Wir hätten ganz gerne wieder Zugang zu unserem Naherholungsgebiet. Wir möchten dem nicht nur zuwinken, wir möchten es auch wieder nutzen können. Auch dort fehlt es doch noch etwas an Grün. Und dieses Grün, was ja so nahe, fast greifbar ist, können wir aber nur über eine Brücke erreichen. Deshalb bin ich für diese Brücke.``

Herr **Jeschke**, Neues Forum: „Ich kann das, was Frau Ehlert eben sagte, gut verstehen. Auch ich bin in dieser Gegend aufgewachsen. Ich glaube, wir haben auch zusammen im Sandkasten gespielt. Und auch bei mir war es so, als Dr. Busmann und die Chefin vom Umweltamt mir erstmals darüber berichteten, daß es fast reflexartig in mir erblühte, dieses Ja, wir kommen wieder zur Rabeninsel `rüber. Die Erinnerungen an die Kindheit waren da, und auch das Gefühl, daß für die Leute, die jetzt dort wohnen und die vielen alten Bürger,

dort eine Möglichkeit geschaffen werden könnte, dort 'rüber zu gehen. Und auch vom Voraussehen, daß es Bedenken geben würde von den Umweltverbänden, hatte ich also für mich selber dieses Ja vorformuliert bis zu dem Zeitpunkt, muß ich sagen, als ich dann das geplante Bauwerk gesehen habe. Und es wurde für mich eigentlich klar, daß dieses Bauwerk, so, wie es stehen wird, eben nicht einfach dazu dienen wird, die Rabeninsel wieder für geruhsame Spaziergänge begehbar zu machen, sondern daß es hier zu einer Art der Begehung und Befahrung kommen wird, die man mit dem Charakter dieser Landschaft und auch mit Bedenken des Naturschutzes nicht verbinden kann. Ich bin von Berufs wegen ja für die Berücksichtigung der Interessen von Behinderten immer wieder, aber ich muß Ihnen sagen, oft sind diese Interessen auch vorgeschoben. Und dort, wo Rollstühle 'lang fahren sollten, fahren dann oft Motorräder und andere Gefährte, die nicht dazu sind, eigentlich hier etwas für Fußgänger und für die Erholung zu tun, sondern um einen neuen Highway nach Halle-Neustadt z.B. auf dem schnellsten Wege hier möglich zu machen. Und das sind Bedenken, die man auch 'mal mit ins Feld führen müßte. Wir haben dann das sehr ausführlich in unserer Diskussion auch in unserer Fraktion auch mit denjenigen der Umweltverbände, mit Bürgern des Südens, bemerkt, daß eigentlich die Sehnsucht nach der Rabeninsel, nach der Belebung der Rabeninsel auch verbunden ist mit durchaus einem Interessen, den Charakter der Rabeninsel als ein Refugium der Ruhe und der Erholung, dieses zu bewahren. Und ich glaube, daß deshalb unsere Vorschläge, die wir hier gemacht haben, sehr wichtig sind. Es geht also auch uns darum, die Rabeninsel wieder Fußgänger, für Erholungssuchende begehbar zu machen, wie eine schnelle Verbindung auch zu schaffen, eine bessere als jetzt besteht, aber mit dem Beschluß, der Beschlußvorlage, die Sie heute vorliegen haben, geht es erstens 'mal darum, daß auf jeden Fall die Brücke gebaut wird, egal, ob sie uns von irgend jemand geschenkt wird oder nicht, daß wir auch diese Kosten ausgeben. Wir finden das nicht gerechtfertigt, denn der Kostenpunkt ist ja hier kein unwesentlicher. Und deshalb halten wir unsere Vorschläge, nämlich die Wiedereinrichtung der Fährverbindung an alter Stelle für eine machbare Sache. Es ist doch eigentlich eine Schande, daß die Fähre, die dort früher gefahren ist eine Zeit lang, nicht also die im Handbetrieb, sondern die Motorfähre, jetzt inzwischen als ein Repräsentationsschiff für den Hafetrieb, für die Stadtwerke da ist und also nur noch wenigen zugute kommt. Wir glauben auch, daß die anderen Möglichkeiten, die Erschließung der Rohrbrücke und die Erschließung der Kasseler Bahnbrücke zwischen Wörlitz und der Saaleaue für Fußgänger und Radverkehr eine ganz machbare

Sache sind, die viel weniger Kosten ermöglicht, und die es wirklich für diesen gesamten Naturbereich ermöglicht, daß man ihn zur Erholung nutzt. Die Zwecke werden damit auch erreicht, und die Stadt hätte sich mit diesen Vorschlägen möglicherweise auf sie zukommende Kosten erspart und hätte das Anliegen der Bürger ebenso umgesetzt. Und deshalb bitten wir, unsere Änderungsvorschläge hier zu beachten und um Ihre Zustimmung.``

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD: „Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich mich zu der Vorlage der Verwaltung hinsichtlich der Brücke zur Rabeninsel bekennen. Ich meine, daß es wichtig ist für die Bewohner von Südstadt und Silberhöhe, einem Wohngebiet mit einer doch erheblichen Einwohnerzahl, ich glaube, es sind so bei 50 000, die da zusammenkommen, eine vernünftige Alternative für die fußläufige Naherholung zu haben, auch dort Wohnwert zusätzlich zu schaffen, um Möglichkeiten zu schaffen, die Leute nicht von vornherein auf das Kraftfahrzeug als einziges Fortbewegungsmittel am Wochenende zu verweisen. Ich kann dabei nicht verhehlen, daß ich die von Herrn Dr. Jeschke eben vorgetragenen Bedenken hinsichtlich der mißbräuchlichen Benutzung einer solchen Brücke durchaus für gerechtfertigt halte. Und ich möchte der Verwaltung hier mit auf den Weg geben - und das sollten wir vielleicht nicht unbedingt als Beschluß formulieren, aber doch ins Protokoll aufnehmen, denke ich, daß man in der weiteren Verfolgung dieser Absicht, und es ist ja nicht gesichert, daß es kurzfristig möglich ist, die Rampen in geeigneter Form, also, ich meine die Rampen außerhalb des eigentlichen Brückenüberbaus, in geeigneter Form abgewinkelt oder mit einem engen Wenderadius gestaltet, so daß eine Benutzung durch Kraftfahrzeuge, also Motorräder und ähnliches, ich sage einmal praktisch unmöglich gemacht wird. Da gibt es technische Möglichkeiten, das zu lösen, ohne das man die Gestaltung des Brückenbauwerks, ästhetisch auch sinnvolle Gestaltung, deswegen benachteiligen muß. Und das sollten wir auf jeden Fall verfolgen dabei, denn natürlich wollen wir alle nicht, daß mit Motorrädern da 'rüber gefahren wird. Die Alternative, ein paar Treppenstufen einzubauen, würde ich unbedingt für die falsche Lösung halten, weil wir damit auch Kinderwagen, Behinderte usw. in unzumutbarer Weise wieder von diesem Platz abhängen, und gerade die Bedürftigsten an einer Naherholung ausschließen würden. Deshalb mein Zusatzvorschlag, die Rampengestaltung so, daß die Bedenken hinsichtlich mißbräuchlicher Benutzung durch motorisierte Zweiradfahrzeuge sicher verhindert wird und unter dieser Prämisse Zustimmung zu der Vorlage der Verwaltung.``

Herr **Dr. Ackermann**, CDU: „Ich bin ca. zwei- bis dreimal in der Woche und das zu jeder Tageszeit oder jeder Jahreszeit auf der Rabeninsel und in der Saaleaue. Ich kann also mir ein Bild und ein Urteil erlauben über den derzeitigen Zustand, d.h. den Besuch der Rabeninsel. Es ist doch nicht so, daß die Rabeninsel ein Eiland ist, und wie Frau Ehlert uns weismachen will, eine ferne Insel durch eine hohe Mauer getrennt oder wie auch immer, hier ein Fluß, sondern es ist eine zugängliche Insel. Und ein Fraktionskollege, der fährt sogar mit seinem Auto - dienstlich, wohlgemerkt - auf die Rabeninsel, auch das ist schon möglich. Es ist also nicht so, daß niemand hin kann, sondern ich erlebe Mountainbikefahrer, ich erlebe unvernünftige Hundebesitzer. Trotz meiner Bitte, die Hunde anzuleinen, da es Naturschutzgebiet ist, wird es nicht befolgt. Ich sage nichts mehr, weil schon manche mit dem Hund gedroht haben, den auf mich zu hetzen. Man ist also selber dort schon Freiwild. Wenn die Brücke dort kommen sollte, sage ich 'mal, das ist ja noch mit einem großen Fragezeichen versehen, dann ist der Druck natürlich enorm. Alle wollen auf die Rabeninsel, was selbstverständlich ist, und die war ja 'mal vor Jahrzehnten ein Naherholungsgebiet. Und, wenn sie jetzt ein Naturschutzgebiet ist, dann muß man zu der Brücke ein Nein sagen. Aber, wenn man sie will und mehrheitlich will, und das weiß ich, das wird der Rat auch hier so beschließen, dann soll man die Ehrlichkeit besitzen und sich da in Widmung des Naturschutzgebietes stark machen für die Entwidmung, denn beides, einmal Naturschutzgebiet und das andere Mal eine Brücke haben wollen, das geht nicht. Der Druck ist einfach zu groß. Es leben dort Zehntausende von Menschen in der Südstadt, In Böllberg und vielleicht auch von Wörmnitz kommend und Silberhöhe eventuell noch, dann geht es nicht. Ich muß aber noch 'mal ganz deutlich sagen, die sagen, die Insel ist nicht begehbar, sie ist begehbar, und der nächste Zugang vom Böllberger Weg über die Hafenbahnbrücke, die jetzt erst im Zuge des Saaleradwanderweges wieder hergerichtet wurde, ist sie also erreichbar. Und wer spazieren gehen will, der erreicht heute auch die Rabeninsel mit Kind und Kegel. Ich werde mich bei dieser Beschlußvorlage der Stimme enthalten. Und ich hätte gerne den Änderungsantrag vom Neuen Forum so verstanden, vielleicht überlegt das Neue Forum sich, einen Prüfantrag darauf zu machen. Man sollte trotzdem prüfen, ob über die Rohrbrücke bzw. über die „Kasseler Bahnbrücke“, ob da nicht auch eine Zugänglichkeit zur Saaleaue - hier handelt es sich ja lediglich, ich sage 'mal lediglich, vorsichtig gesagt um ein Landschaftsschutzgebiet. Auch hier ist es möglich, in einem größeren Areal, zugänglich zu machen für

Hallenser. Der Druck auf ein so geringes Gebiet, sensibles Gebiet der Rabeninsel ist in der Saaleaue dann nicht mehr gegeben.``

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**: „Ich muß zunächst noch einmal darauf aufmerksam machen, daß der Hauptausschuß für den hier vorliegenden Beschlußentwurf eine Änderung gewünscht hat. Und an diese Änderung will ich noch eine kurze Betrachtung anknüpfen, weil nämlich damit deutlich wird, daß wir hier nicht einfach darüber beschließen, daß die Stadt eine Brücke dort baut, sondern daß sie von einem Geschenk Gebrauch machen will, und daß sie unter dieser Voraussetzung eine Brücke macht. Es geht also nicht darum, eine Brücke, die dann durch beliebige andere Dinge, wie im Antrag von Bündnis 90 aufgeführt, ersetzt werden kann, sondern daß es um eine ganz konkrete Möglichkeit geht. - Entschuldigung, vom Neuen Forum - und deswegen hatte der Hauptausschuß eingefügt 'Die Rabeninsel soll über ein Sponsoringmodell durch eine Fußgängerbrücke mit dem östlichen Saaleufer verbunden werden' usw. Ich bitte, darauf aufmerksam zu machen, denn das, was hier an anderen Möglichkeiten genannt wird, das würde allein der Stadt Halle zur Last fallen. Und wenn wir dann abwägen zwischen den Möglichkeiten, die wir insgesamt finanziell haben und dem, was dadurch für ein Vorteil erreicht wird, dann müssen wir sagen: 'Nein, dafür haben wir im Augenblick kein Geld'. Ich sage das in dieser Klarheit. Und daraus hören Sie auch, daß ich Ihnen empfehle, diesem Vorschlag Brücke zuzustimmen, denn das ist die einzige wirtschaftlich vernünftige und vertretbare Möglichkeit, eine große Anzahl hilfsbedürftiger Bevölkerung, auch schutzbedürftiger Bevölkerung und erholungsbedürftiger Bevölkerung an einem solchen schönen landschaftlichen Ort auch teilhaben zu lassen und denen nicht zuzumuten, daß sie den anderen Weg nehmen, den ich auch kenne, da bin ich auch schon mit dem Fahrrad dort herumgefahren, (was da übrigens nicht verboten ist, und man kann da auch schön radfahren) aber den Umweg aus der Südstadt oder gar aus der Silberhöhe machen nicht viele. Und wir wollen eben, daß das auch erschlossen wird für viele. Hier noch einmal klar, der Hauptausschuß hat ausdrücklich diesen Zusatz gemacht 'über ein Sponsoringmodell' und das steht dann hier auch in der Fassung zur Abstimmung, wie es der Hauptausschuß empfohlen hat.``

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „ Ich finde es sehr gut, daß noch einmal auf diesen Punkt hingewiesen wird, daß es sich bei dieser Brücke, zur Finanzierung oder zu dieser, wo diese Vorlage heute vorliegt, eindeutig nur um ein Geschenk handeln soll. Es ist ja so, daß die Stadt Halle sich ein solches Brückenbauwerk, wie modern es auch gestaltet werden soll, man kann da sehr gut darüber streiten, ob es dort in die Landschaft paßt, von uns nicht

finanziert werden kann. Nun ist aber wohl klar, ich weiß nicht, ob allen Stadträten das bekannt ist, daß eine Absage des Sponsors eigentlich schriftlich vorliegt, und wir jetzt eigentlich geneigt sind, einem Geschenk, das uns gemacht werden soll, niemand will es anscheinend von Ihnen ausschlagen, keiner will lange darüber nachdenken, ob es angenehm ist, ob es nützlich ist an dieser Stelle, daß wir als Stadt einem Geschenk hinterher rennen. Ich finde es sehr gut, der Herr Ackermann hat es schon deutlich gemacht, daß ein Gebiet, das einzigartig ist in der Stadt Halle, wo wir uns eigentlich darüber streiten, inwieweit die Interessen der Bürger und der Naturschutzgedanke abgewogen werden soll, daß so ein Gebiet mit geringem Druck erschlossen werden soll, mit mehreren Zugängen, gut verständlich für alle, erreichbar aus allen möglichen Richtungen der Stadt, aber verträglich. Und ich denke, daß in vielen Köpfen der Stadträte dieser Gedanke 'wir lassen ein Geschenk, ein Geschenk in Millionenhöhe an uns vorbei schwimmen, die Saale 'runtertreiben' uns jetzt zu diesem Vorschlag treibt. Ich möchte Sie darauf hinweisen, das Angebot von Dow Chemical - Sie können mich ja korrigieren - steht eigentlich zur Zeit nicht mehr, es ist ein abschlägiger Bescheid. Ich würde Sie auch darauf hinweisen, daß der Naturschutzbeirat der Stadt dies einstimmig abgelehnt hat. Wir haben es mit einem Naturschutzgebiet zu tun. Es ist sowieso genehmigungsfähig. Ich weiß nicht, ob die Untere Naturschutzbehörde das alleine machen kann. Es wird wohl zum Regierungspräsidium getragen werden müssen. Ich finde es sehr bedenklich, daß wir an dieser Stelle - wie gesagt - diesem Geschenk versuchen, hinterher zu rennen. Und noch eine Anmerkung zu dieser Vorlage, die hatten Sie ja das letzte Mal als Eilvorlage auf dem Tisch, ohne das irgendwo eine größere Diskussion stattgefunden hat. Wir hatten zwar mal eine Mitteilung im Planungs- und Umweltausschuß, aber es wurde nicht näher darüber oder konkretisiert darüber diskutiert. Sie sehen, daß sich die Gemüter daran entzünden. Sie haben sich im Vorfeld daran entzündet. Der Vorschlag liegt schon seit mehreren Monaten vor. Die zuständigen Gremien wurden sehr spät eingeschalten, und wir sollten im Prinzip durch diesen Charakter des Geschenkes auch sehr schnell dazu bewogen werden, dem zuzustimmen. Ich finde, ein verträgliche Lösung ist gut, Natur soll erlebbar werden, aber nicht auf diese Art und Weise."

Herr **Lorenz**, SPD: „ Also, ich bin zwar nicht in Halle aufgewachsen, aber ich wohne auch schon eine ganze Zeit da. Und wie Sie wissen, ist unser Büro da unten, und viele meiner Kolleginnen und Kollegen wohnen dort. Und ich kann eindeutig sagen, wenn man eine Abstimmung machen würde, bin ich auch überzeugt, daß nicht nur die Naturschutzverbände

einstimmig ablehnen, sondern die Bevölkerung dort einstimmig zustimmt, bin ich ziemlich sicher, daß dem so sein wird. So, ich hab' mir die natürlich dann auch 'mal genau angeguckt, die Rabeninsel, hab 'mal so ein bißchen mich informiert, mal geguckt, und da stell ich fest, da ist im Prinzip ja alles hergerichtet. Da stehen Bänke überall, da ist - zwar leider verfallen mittlerweile - eine Gastronomie, die 'mal dort gewesen ist. So, das heißt, das ist ein Gebiet, was auf jeden Fall angenommen wird. Und ich weiß, daß die Leute das wollen. Das stößt ihnen bitter auf, sozusagen, daß sie da nicht mehr so hinkommen, wie sie sich das vorstellen, wie sie das gewohnt waren, ganz einfach. So, und daher denke ich, daß also diese Einwände nicht berechtigt sind. Und mich ärgert es auch ein bißchen. Man kann natürlich - wenn Sie hergehen, Herr Veith, und sagen jetzt 'Ja, die wollen ja jetzt gar nicht mehr', dann sage ich Ihnen, die wollen deswegen nicht, weil wir uns entsprechend sozusagen im Stadtrat positioniert haben. Deswegen wollen die nicht, die wollen natürlich logischerweise nicht unbedingt ein Aufsehen erregen mit einem Geschenk, das ist doch logisch, das ist doch klar. Daß sie Interessen vertreten und Interessen dabei haben, sich auch darstellen wollen in der Öffentlichkeit, in der Region, ist doch klar, das ist mir doch völlig bewußt. Ich finde bloß nichts Schlimmes daran, ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Wenn sich denn das so auswirkt, daß wir eine Insel erreichen, die die Bevölkerung erreichen will mit einer Brücke, da bin ich dafür. Und da ich denke, daß auch der Rat sich eindeutig dafür positionieren sollte, ich denke, daß die Eulen noch nicht verfliegen sind.'`

Herr **Kupke**, CDU: „Ja, wie Sie wissen, habe ich ja 'mal eine kleine Umfrage gemacht. Und das Ergebnis ist so wie Herr Lorenz sagt, also, bei meiner Umfrage waren 94 % von ca. 500 Befragten dafür. Warum auch? Das heißt, das ist der Wille des Bürgers dieser Stadt. Und wenn wir den Willen nicht vollziehen, das nicht machen, dann müssen wir ernste Gründe dafür haben. Und da muß der Naturschutz natürlich solche Gründe haben, daß es wirklich nicht geht. Und das versteht natürlich niemand mehr, weil es ja immer eine Insel war, die immer begangen war. Und die Menschen sagen also zum Gegenargument, aus der Südstadt, Silberhöhe ist es sehr weit, auch für Frauen und Kinderwagen, wenn man über die Hafentunnelbrücke oder vielleicht über die ...Brücke gehen muß, das macht so gut wie niemand. Die dort hingehen, das sind sportliche Radfahrer oder Leute, die sehr viel Zeit haben, von Halle-Neustadt kommen, das will ich nicht abstreiten, aber die große Masse der Menschen, die dort hinwollen aus der Südstadt, die scheuen diesen Weg. Und die Behinderten und die alten Menschen aus dem Altenpflegeheim, die können es gar nicht machen. Also ist die Insel so, wie sie für den Naturschutz natürlich besser ist, es kommen

wenig Menschen hin. Und deshalb müssen wir hier die politische Entscheidung fällen, wollen wir diese Insel als Naherholungsgebiet haben, dann müssen wir für die Brücke sein, denn die Brücke erschließt sie wirklich. Und es ergibt sich dann wirklich die Möglichkeit, daß sich 'mal wieder ein Kiosk oder eine Gaststätte ansiedelt, und dann könnte wirklich wieder 'mal ein Dampfer halten, der auch ein Ziel hat, um dort hinzukommen. Kurzum, dann haben wir eine wirkliche Insel als Naherholungsgebiet. Und dafür bin ich. Und deshalb bin ich auch für die Brücke, übrigens bin ich für die Brücke sogar, auch wenn das Geschenk nicht kommt.

Herr **Sänger**, CDU: „Ich habe keine Umfrage in der Bevölkerung gemacht. Ich möchte nur einmal wissen lassen, daß der Wirtschaftsförderungsausschuß überwältigend dem zugestimmt hat.“

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt: „Ganz kurz, einmal möchte ich betonen in Reaktion jetzt auf die Stellungnahmen, die hier von Herrn Ackermann und von Dr. Müller-Gerberding kamen. Einmal möchte ich noch einmal betonen, daß es sehr wohl eine Vereinbarkeit gibt zwischen Naturschutz, Naturschutzgebiet, Naturschutzgesetz und so einer Brücke. Das gibt es. Natürlich gibt es das, durch einen Befreiungsantrag, den wir vorbereiten. Das machen wir auch nach wie vor. Wir wollen es jetzt wissen. Wir wollen einen Befreiungsantrag stellen. Und dazu gehört das, was Dr. Müller-Gerberding sagte, daß natürlich, und da haben wir eineinhalb Stunden mit der Frau Dr. Ammon, Höhere Naturschutzbehörde schon 'drüber geredet. Natürlich, unser Anliegen ist, die motorisierten Zweiradfahrer weitmöglichst, das wollen wir realistisch... weitmöglichst herauszudrängeln. Da gibt es sogenannte Drängelgitter und sonst was. Daß wir uns bemühen, das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich sagen. Das Problem ist erkannt. Obwohl es behindertenge-recht und damit mit leichter Neigung gebaut werden muß. Und das ist das Problem, das sage ich hier offen, damit uns keiner vorwirft, hier wäre Salamtaktik im Spiel. Und im übrigen möchte ich nur noch einmal sehr betonen, wie wichtig es ist, im Süden das Angebot zu machen und nicht im Norden. Das hat Herr Kupke mit seiner Befragung ja deutlich gemacht. Es ist im Grunde ein ganz großes Planungsdefizit im halleschen Süden, was mir sehr deutlich geworden ist in den letzten Jahren. Die Naherholungszugänge der 70 000, die dort in der Platte wohnen zu den Grüngeländen im Süden der Stadt Halle sind im Gegensatz zum Norden und Nordwesten schlecht bzw. gar nicht vorhanden. Sie stoßen immer an Barrieren, Böllberger Weg, Hochwasserschutzgebiete, Naturschutzgebiete, private Grundstücke, z.B. zur Saale. Und die Rohrbrücke, ist ja nichts gegen zu sagen, aber die Rohrbrücke ist wieder ein

satter Kilometer weiter nördlich. Und da haben Sie ja festgestellt, daß es vor allen Dingen die alten Leuten trifft, die bleiben dann weiterhin die Naherholungssuchenden, auf - und abspazierend am Böllberger Weg. Das ist unsere Sorge. Also, dies nur noch einmal zum Naturschutz, zum Thema Rohrbrücke und zum Thema Drängelgitter``.

Herr **Dr. Brockmann**:`` Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, da könnten wir abstimmen.  
Zuerst stünde an der Änderungsantrag, er ist ja eigentlich ein Alternativantrag der Fraktion Neues Forum. Sie haben ihn vorliegen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen. Dann bitte ich um Stimmabgabe. Das sind drei befürwortende Stimmen. Danke. Ist jemand dagegen?  
Das ist deutlich mehr. Damit kämen wir zur Vorlage mit der Ergänzung, daß es... die Brücke nicht schlechthin, sondern über ein Sponsoringmodell finanzierte Brücke sein soll. Wer kann der Vorlage mit dieser Ergänzung zustimmen? Das ist eine ganz deutliche Mehrheit.  
Danke.``

**Abstimmung zum Antrag der Fraktion Neues Forum:      mehrheitlich    a  
b g e l e h n t**

**Abstimmung zur Vorlage:  
mehrheitlich   z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-44/1093 - Beschluß zur Brücke zur Rabeninsel**

---

Die Rabeninsel soll über ein Sponsoringmodell durch eine Fußgängerbrücke mit dem östlichen Saaleufer verbunden werden, vorzugsweise in Höhe Diesterwegstraße.

---

Zu TOP 25 - Beschlußvorlage - Gestaltung untere  
Leipziger Straße/

Konkretisierung zur  
Materialfestlegung für die Fußgänger-  
zone untere Leipziger Straße im  
Ergebnis des Stadtrats-  
beschlusses vom 22.04.1998  
(Mittelzone)

Vorlage Nr. 98/I-44/1091

---

Der Tagungsleiter wies darauf hin, daß neben einem Ergänzungsblatt der Verwaltung ein Sachantrag der SPD-Fraktion vorliege.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, äußerte sich zum Änderungsantrag seiner Fraktion, der eine Neufassung erfahren habe: **Die Bepflasterung wird insgesamt in Betonstein ausgeführt. An bestimmten herausragenden Stellen, wie das Umfeld der Konzerthalle und beim Leipziger Turm, kann Naturstein verwendet werden, vornehmlich Porphyre.**

Der Vortrag des Vertreters des einheimischen Porphyre habe seine Fraktion durchaus beeindruckt. Man gehe davon aus, daß eine Bepflasterung mit Betonsteinen erheblich besser begehbar sei und zur einer Einsparung von rund 2 Mio DM führe.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., zitierte aus einem Schreiben seines ehemaligen Fraktionskollegen Bewersdorff zu diesem Thema, dieser stehe zu einheimischen Natursteinen. Dem stimme auch seine Fraktion zu.

Frau **Ehlert**, PDS, meinte, das Gutachten sage aus, daß Granit genauso haltbar sei wie Beton. Aus Sangerhausen sei die Nachricht gekommen, daß der dortige Marktplatz wieder neugestaltet werden müsse; er sei vor einem Jahr mit Naturstein, mit Granit, belegt worden. Die Steine seien kaputt. Es gehe hier nicht nur ums Sparen, es gehe auch um Zweckmäßigkeit, und wenn sich die Zweckmäßigkeit in einer anderen Stadt nicht bewährt habe, sollte man diesen Versuch bei den hiesigen Größenordnungen erst gar nicht unternehmen.

Herr **Doege**, CDU, erklärte, seine Fraktion spreche sich für Naturstein aus der Region aus. Aus der Vorlage könne man sehr schwer erkennen, wie tatsächlich die Aufteilung der Natursteinarten erfolgen soll. Er bat, dazu Erläuterungen zu geben.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte, man habe eigentlich eine klare Beschlußlage mit Natursteinen gehabt. Dazu sei der Antrag gekommen, der mit Mehrheit angenommen worden sei, für die Mittelzone Betonstein alternativ auszuschreiben. Wenn man jetzt eine Mehrheit bekäme für einen Antrag dieser Art, wie er jetzt vorliege, dann - so habe er im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten erklärt und betone

es hier auch noch einmal - müsse man, weil Beton ein eigenständiges Material sei, einen eigenständigen Entwurf aufmachen. Deshalb benötige man jetzt das Votum des Stadtrates, ob man Naturstein wolle oder nicht. Was jetzt stattdessen, sei eine 180-Grad-Wendung, die völlig legitim sei, die aber zu neuer Planung zwingt. Ein kompletter Entwurf, der in sich stehe, könne nicht mit einem anderen Material imitiert werden. Er würde sehr bedauern, wenn man noch einmal von vorn anfangen müsste. Zu den Einsparungseffekten: Würde man die Mittelzone mit Betonsteinen gestalten, ergebe sich eine Einsparung in Höhe von 877 TDM und bei flächendeckender Verwendung von Beton verwendet eine Einsparung von 1,845 Mio DM. Unter Einsparung verstehe die Verwaltung das, was man an anderer Stelle wieder einsetzen könne.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand habe man 930 TDM Ersparnis, das seien die Städtebaufördermittel, die man dann wirklich woanders einsetzen könne; davon seien 20% Eigenmittel aus dem städtischen Haushalt. Wenn man nur die Mitte in Beton machen würde - was jetzt nicht mehr Gegenstand der Beratung sei - dann seien das 740 TDM echte Einsparung.

Herr **Prof. Schuh** ging auf die Argumentation von Herrn Dr. Busmann ein, sie laufe immer nach dem gleichen Schema ab: es sei eilig, man müsse es jetzt ganz schnell machen. Er erinnere an die Debatte um die Tiefgarage am Hansering, die ebenso so eilig gewesen sei. Nun sei nahezu ein Jahr vergangen, und nichts liege vor. Interessant finde er auch die Argumentation, warum Beton durch Beton ersetzen. Zum Problem der Mittelzone: Es sei der Gedanke gewesen, ein bißchen Geld zu sparen, wenn man diesen Teil mit Betonsteinen belege. Da sei zunächst argumentiert worden, daß ein guter Betonstein auch teuer sei. Dann habe sich aber herausgestellt, daß man für die Mittelzone der ganzen Straße 1,8 Mio DM sparen könne. Er erwarte von Stadtplanern, daß der Stadtrat von vornherein informiert werde über die Dimensionen. Wenn man das mühsam erfahre, so sage er, sei das sicher nicht mangelnde Kenntnis, sondern man könnte den Eindruck haben, da stecke eine Absicht dahinter. Wäre man bei der Mittelzone geblieben, hätte man natürlich eine Planung dafür gebraucht, die sei einfach unterblieben. Seine Fraktion werde weiterhin dafür plädieren, diese Straße in Betonstein zu machen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, erklärte, es hätte keinen planerischen Aufriß besonderer Art bedeutet, von einem Granitkleinpflaster auf eine Diagonalpflasterung in etwa gleichgroßem Betonpflaster überzugehen. Für ihn sei der Betrag von über 200 TDM, der als städtischer Anteil allein bei der Mittelzone alternativ gestanden habe, nicht mehr unter dem Begriff Peanuts abzutun. Bei der städtischen Kassenlage sei das einfach ein Betrag, über den

man nachdenken müsse.

Zur Nutzbarkeit: Ein Betonpflaster habe den großen Vorteil, daß seine Oberfläche ohne Mehraufwand glatter gehalten werden könne. Wenn man die Strecke vom Bahnhof bis zum Marktplatz laufe, dann werde man den Unterschied zwischen Beton und Naturstein an den Fußsohlen merken. Bei einer solchen Strecke mit Naturpflaster würden die Füße schmerzen.

Herr **Kley**, F.D.P., meinte, das Argument Wirtschaftsförderung scheine ihm bei der SPD-Fraktion überhaupt nicht vorzukommen; Wirtschaftsförderung existiere dort nur in Anträgen und in der Betonung der Zentralität, aber an der Stelle, wo man einmal gestalterisch wirken könne, werde über 200 TDM diskutiert. Das erschrecke ihn schon ein wenig, aber Herr Prof. Schuh könne es sich sicherlich leisten, da er sich die Kompetenz anmaße, für die innerstädtischen Händler zu sprechen, auch wenn diese nichts davon wissen. Diese einfache uniforme Gestaltung der Oberflächen, die nur aus finanziellen Gründen angestrebt wird, entspreche nicht der Verantwortung des Stadtrates für bestimmte Bereiche, um dort etwas zu zeigen; das sei auch der Stolz einer Stadt, die Präsentation ihrer Fußgängerzone. Wenn es 1472 schon eine SPD-Fraktion unter Prof. Schuh gegeben hätte, dann hätten die Bürger nicht den Roten Turm gebaut, dann wäre die Stadt Halle heute nicht die Stadt der fünf Türme, sondern sicherlich die Stadt der fünf Holzblöcke.

Herr **Lorenz**, SPD, brachte zum Ausdruck, daß er nicht denke, daß das Thema von so entscheidender Bedeutung sei, wie es hier gehandelt werde. Er glaube, daß man sowohl in Naturstein eine schöne Fußgängerzone machen könne als auch in Beton. Man könne natürlich über Ästhetik streiten, man könne aber auch ästhetische Lyrik betreiben; und wenn man die Vorlage lese, dann werde hier seitenweise ästhetische Lyrik betrieben.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** führte aus, wer nur ein bißchen aufmerksam durch die deutschen Städte gegangen sei, der wisse, daß zwar die Königsstraße in Stuttgart als eine moderne Nachkriegsstraße mit Betonpflastern bedeckt sei, wenn man in der gleichen Stadt z.B. an das alte oder an das neue Schloß gehe, dann werde man sehen, daß im Umfeld dieser historischen Gebäude mit großer Übereinstimmung Naturstein gewählt worden sei. Er sei ein wenig traurig darüber, daß hier wegen eines Deals 'Bist du mit für meine Bäume, dann bin ich mit für deine Betonsteine' ein Einvernehmen, das im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten mit großer Mehrheit für Naturstein gewesen sei, um eines solchen Deals willen preisgegeben werde. Er bat, sich diese Abstimmung nicht einfach zu machen und dafür zu stimmen, was bis

jetzt nach wochenlangen Beratungen Konsens gehabt habe, bis auf den Bereich der Mittelzone.

Man stehe unter Zeitdruck. Es gehe darum, daß bestimmte Zuschußmittel nicht dauerhaft zur Verfügung stehen und innerhalb eines bestimmten Zeitraumes verarbeitet werden müssen.

Das sei der Hintergrund für die Eilbedürftigkeit. Aus seiner Verantwortung werde er ohne eine neue Planung für Betonstein - wenn dies hier beschlossen würde - nicht mit der Ausführung irgendeines Teilstückes der Fußgängerzone beginnen.

Die Planung, die man bis jetzt gemacht habe, koste ungefähr 300 TDM. Was eine neue

Planung koste, werde nicht vom Stadtrat berücksichtigt. Wenn man eine alternative Planung gemacht hätte, Naturstein und Betonstein, wäre man heute mit Sicherheit nicht in die Möglichkeit einer Entscheidung kommen, und die mühsam erstrittenen Fördermittel wären hin.

Er bat unter Hinweis auf die sehr sensiblen und gut gelungenen Gestaltungsvorschläge der Planer, die Chance zu einer besseren Gestaltung der Stadt nicht ungenutzt vorbeigehen zu lassen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion: bei 20 Ja-Stimmen**

**20 Nein-Stimmen**

**3 Enthaltungen a b g e l e h n t**

**Abstimmung zur Vorlage:  
bei 19 Nein-Stimmen**

**3 Enthaltungen**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluß Nr. 98/I-44/1091 - Gestaltung untere Leipziger Straße/  
Konkretisierung zur Mate- rialfestlegung für  
die Fußgängerzone untere Leipziger Straße**

Stadtratsbeschlusses vom 22.04.1998

im Ergebnis des  
(Mittelzone)

---

1. Der Entwurf zur Umgestaltung der unteren  
Leipziger Straße wird bestätigt  
und der Ausführung zugrunde gelegt.

2. In der Mittelzone kommt Kleinpflaster aus  
Naturstein zum Einbau.

---

Zu TOP 26 - Beschlußvorlage - Namensgebung für  
kommunale Kinder-  
Halle (Saale) tageseinrichtungen der Stadt

Vorlage Nr. 98/I-44/1107

---

Der Tagungsleiter wies auf ein Ergänzungsblatt der Verwaltung hin.

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage:           m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/1107 - Namensgebung für kommunale  
Kindertageseinrichtungen der  
Stadt Halle (Saale)

---

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die  
folgende Namensgebung für  
kommunale Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle  
(Saale):

- |   |    |      |
|---|----|------|
| 1. Kita „Händelstraße“<br>„Georg Friedrich Händel“    | in | Kita |
| 2. Kita „Forsterstraße“<br>„Stadtzwerge“              | in | Kita |
| 3. Kita „Kromayer Straße“<br>„Kinderwelt“             | in | Kita |
| 4. Kita „Neuwerk 22“<br>„Villa der fröhlichen Kinder“ | in | Kita |
- 

Zu TOP 27 - Wiedervorlage  
Umwandlung der  
zwischen der  
Beschlüßvorlage - Versuchsweise  
Robert-Blum-Straße im Bereich

**Schleiermacherstraße und der  
Windthorststraße in einen  
Fußgängerbereich**

Vorlagen Nr. 98/I-44/1015 und 96/I-22/A-

210

---

---

**Auf Antrag der Fraktion Neues Forum erscheint ein Wortprotokoll.**

Frau **Haupt**, SPD: „Der Innenausschuß hat sich also - es geht übrigens aus der Begründung hervor, daß es eindeutig ein Antrag war, der also in die Ausschüsse verwiesen worden ist, und die Verwaltung sollte die Verkehrsdichte untersuchen, das schreibt sie selber in ihrer Begründung. Aber es ist ja gut so, das wird behandelt. Der Innenausschuß hat sich viermal insgesamt mit der Problematik beschäftigt, also wesentlich ausführlicher, als er es bisweilen mit anderen Dingen tut. Das Abstimmungsergebnis ist dann sehr klar gewesen, daß der Innenausschuß diesen Antrag ablehnt. Der Planungsausschuß hat ihn auch behandelt. Da sagt sicherlich noch jemand 'was dazu.'“

Frau **Bohley**, Neues Forum: „ Bei diesem Antrag zur Windthorststraße wie auch beim Antrag bezüglich der Kinderbibliothek Lessingstraße haben wir es mit Anträgen zu tun, wo es um Lebensqualität geht. Und Lebensqualität ist immer so schwer in Zahlen zu fassen oder ist überhaupt nicht in Zahlen zu fassen. Und wir haben das schon vorhin gehört, der Werdegang dieser Vorlage war, daß wir diese Anregung eingebracht hatten und feststellen mußten, daß es von der Verwaltung schon aufgegriffen war, d.h., daß also die Fachleute sich damit beschäftigt hatten und es dann zu dieser Vorlage jetzt gekommen ist. Ich möchte mich einfach noch 'mal mit den Argumenten beschäftigen, die dagegen sprechen. Da also der Innenausschuß und der Planungs- und Umweltausschuß sich gegen diese Vorlage geäußert haben, möchte ich die mir bekannten Argumente aufgreifen. Es wird gesagt, man kann nicht einfach eine Straße sperren, nur weil die Anwohner es wollen. Das ist natürlich wahr und in diesem Falle auch überhaupt nicht geschehen, denn es sind umfangreiche Untersuchungen - haben stattgefunden. Es haben Berechnungen stattgefunden. Es gibt die...das Abwägen und die, also das Votum der Fachleute, daß es an dieser Stelle sozusagen wie im Lehrbuch möglich ist, diese Zone einzurichten. Das zweite Argument war, die Anwohner sind ja selber dagegen. Da gibt es zwei Gruppen. Die eine Gruppe ist die Gruppe um Frau Hanna Haupt, die die

Befürchtung hatte, daß, wenn man in der Windthorststraße diese ... das einrichtet, dann würde also die Gesamtlösung fürs Paulusviertel hintenrunter fallen, daß man also das Paulusviertel damit verträsten würde 'Ihr habt ja da schon die Windthorststraße und mehr Geld ist nicht da'. Wir sind ja alle selber Zeugen gewesen, daß bei der Haushaltsdebatte die Entscheidung stand, Paulusviertel oder..(akustisch nicht zu verstehen) und daß in den Haushalt das Geld eingestellt worden ist für diese Gesamtlösung im Paulusviertel. Dieses Argument ist also dann auch weggefallen, diese Befürchtung der Gruppe um Frau Hanna Haupt konnte also entkräftet werden. Dann gibt es noch ein Haus, das inzwischen mehrere Briefe geschrieben hat, wo alte Hausbewohner sich dagegen aussprechen, die unmittelbar da Anwohner sind. Auch das ist relativ zu sehen. Uns liegt eine Erklärung von Hausbewohnern aus eben dem selben Hause vor, die überhaupt nichts dagegen haben, daß probe-weise dieses Experiment gemacht wird. Es ist also so, daß wir hier eine Entscheidung zu treffen haben für den Versuch, etwas auszuprobieren. Und es ist, eben wie gesagt noch 'mal der Hinweis, es ist probeweise. Und ich kann eigentlich keinen Grund mehr erkennen, weshalb man diesen Versuch nicht machen sollte, denn es ist ja jetzt auch schon eine ganze Menge Arbeit und Geld in diese Vorlage eingeflossen, denn all diese Untersuchungen, die stattgefunden haben und die das untermauern, daß das eine sinnvolle Sache ist, das ist ja bisher auch schon geschehen. Ich hoffe also, daß wir vielleicht doch noch eine Mehrheit bekommen.''

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Antrag:           mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Der Antrag bzw. die Vorlage wurden a b g e l e h n t.**

## Zu TOP 28 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

**Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Neues Forum und PDS**

**zur Kinderbibliothek Lessingstraße**  
Vorlage Nr. 98/I-44/A-472

---

***Auf Antrag der Fraktion Neues Forum erscheint ein Wortprotokoll.***

Herr **Prof. Kiel**, PDS: „Ich möchte inhaltlich nichts mehr sagen, denn ich denke, die Argumente sind ausgetauscht. Aber eines vielleicht noch einmal. Worum geht es eigentlich? Ich hab's 'mal überlegt, noch 'mal ganz nüchtern und mit Abstand auf die Monate und die Diskussion. Es geht doch offensichtlich um eine alternative Frage, um eine Entscheidungsfrage, die wie folgt formuliert werden kann: 'Werden zwei Mitarbeiterinnen, zwei Bibliotheksmitarbeiterinnen, von den die eine acht und die andere sechs Stunden ihren Dienst täglich verrichtet - wo werden sie gegenwärtig am dringendsten in unserer Stadt gebraucht? Wo werden sie am dringendsten in unserer Stadt benötigt? Werden sie am dringendsten gebraucht, um ein bereits bestehendes Angebot zu verbessern? Aber um den Preis der Schließung einer, in einem Wohnviertel gewachsenen Zweigbibliothek oder werden sie gerade hier am dringendsten gebraucht, vor allem von Kindern, aber um den Preis natürlich, daß nicht oder nicht alle Verbesserungen, die ins Auge gefaßt werden, sofort realisiert werden können. Wobei ich aber sofort an dieser Stelle sage, in dem Stadtratsbeschluß zur Verbesserung des Bibliotheksnetzes ist eben nicht nur von zwei Kolleginnen die Rede, sondern von acht. Und man kann das Problem, um das es hier geht, nicht reduzieren auf zwei Mitarbeiterinnen, um deren künftigen Einsatz. Also acht ist mathematisch nicht gleich zwei oder umgekehrt. Ich denke, bei gutem Willen ist eine Lösung denkbar, die auch - ich sag 'mal - in eine andere Richtung geht. Mein Vorschlag wäre, brechen wir die starre Alternative - ich will's 'mal so zuspitzen - oder Büchertreff Heide-Nord - ist auch anders zu nennen - auf, dieses entweder oder spaltet nur, beides ist meines Erachtens möglich. Geben wir doch 'mal der Verwaltung die Hausaufgabe mit auf den Weg. Und die Hausaufgabe ist meines Erachtens lösbar, eine strukturelle Lösung zu finden, die verbesserte Nutzungsbedingungen für die bestehenden Bibliotheken, darunter in Heide-Nord, zum Ziel hat, aber nicht um den Preis der Schließung

einer Kinderbibliothek. Notwendig ist da nur eines, guter Wille auf allen Seiten. Und die Prämisse für alles ist, daß diese Kinderbibliothek nicht geschlossen wird.``

Herr **Dr. Ackermann**, CDU: „Es wurde sehr lange, über einen sehr großen Zeitraum die Schließung Kinderbibliothek Lessingstraße besprochen. Wir haben uns auch mehrfach im Bildungs- und Kulturausschuß damit befaßt. Der Bildungs- und Kulturausschuß hat in einer der letzten Sitzungen des Stadtrates den Antrag auf Nichtschließung der Bibliothek, hat es noch einmal gegenüber dem Petitionsausschuß zum Ausdruck gebracht. Es ist aber leider anders im Petitionsausschuß beschieden worden. Ich persönlich verstehe es nicht, daß man eine Kinderbibliothek schließen will, bei allen darum, daß man sagt, man hat ein Bibliotheksnetz in Halle, man will es effektivieren, aber Kinder zu effektivieren, daß heißt Kindern etwas wegzunehmen, das entwickelt ein Trauma bei Kindern. Und, wir reden im östlichen Teil Deutschlands oft von Gewalt. Gewaltprävention heißt es dann. Dann werden viele staatliche Fördermittel für diese Maßnahmen ausgegeben. Aber auch die Kommune hat eine Verantwortung gegenüber ihren jüngsten Bürgern.

Und dort ist es sehr preiswert, Gewaltprävention zu betreiben, indem man eine Bibliothek läßt und den Kindern nicht ein Trauma zuteil werden läßt, sondern diese Öffnung - und wir haben es noch einmal durchgerechnet - würde nicht mehr als 15 TDM, vielleicht 17 TDM kosten im Jahr an Mietkosten. Sie schütteln den Kopf, Herr Gärtner, aber ich habe auch in der Einwohnersprechstunde von Ihnen leider immer nur Argumente gegen eine Öffnung, ein Weiterbestehen gehört. Sie haben sich festgerannt, festgerannt in eine Situation, und mit der können Sie nur mit Gesichtsverlust hervorgehen. Ich muß es 'mal so deutlich sagen. Es tut mir leid, Herr Gärtner, aber ich hätte von Ihrer Warte Kompromißbereitschaft erwartet und ich glaube, es stünde Ihnen auch gut zu Gesicht, hier seitens der Stadtverwaltung Kompromißbereitschaft zu signalisieren. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, daß die Stadtbibliothek Hallmarkt effektiviert wird. Es hat der Stadtrat Wolfgang Kupke einen Antrag gestellt, Öffnung um eine Stunde, Verlängerung um eine Stunde samstags, heißt nicht bis 12 Uhr öffnen, sondern bis 13 Uhr. Da haben Sie argumentiert, dieser Antrag kann nicht...oder würden Sie nicht stattgeben, nicht zustimmen, weil sieben Mitarbeiter gebraucht werden. Das glaube ich erst 'mal schon gar nicht, weil ich es etwas anders gehört habe. Es geht um die Erweiterung der Lesesaalzeiten. Aber hier lehnen Sie es ab. Aber Sie sprechen dem ins Wort und sagen, die Stadtbibliothek Salzgrafenstraße, sprich Hallmarkt, würde nur die Öffnungszeiten erweitern können, wenn hier die Mitarbeiter u.a. aus der Lessingstraße kommen, aber gleichzeitig lehnen Sie den Antrag von Stadtrat Wolfgang Kupke auf Erweiterung um eine Stunde ab. Bei so viel Widerspruch, tut mir leid, habe ich kein Verständnis.``

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD: „Es soll jetzt ein Stadtratsbeschuß korrigiert werden vom September des letzten Jahres. Aus meiner Sicht ist ein solcher Antrag nur sinnvoll, wenn es neue Argumente gibt, eine neue Situation, die tatsächlich geeignet sind, das eigene Abstimmungsverhalten zu überprüfen. Deswegen frage ich Herrn Gärtner, gibt es eine neue Situation, die Anlaß gibt zu überprüfen das eigene Abstimmungsverhalten oder gegebenenfalls sogar den Beschluß vom September letzten Jahres zu korrigieren?“

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur, Sport: „Also das ist jetzt aber eine Subjektivfrage. Da würde ich natürlich sagen nein, die gibt es nicht, weil alle Argumente, die wir bisher ausgetauscht haben, die gleichen Argumente sind, wie wir sie zur Zeit des Stadtratsbeschlusses ausgetauscht haben. Das ist mein Erkenntnisstand, aber wie gesagt, das ist natürlich jetzt...“

Frau **Bohley**, Neues Forum: „Es geht ja hier nicht um die Aufhebung eines Stadtratesbeschlusses, sondern nur um die Korrektur. Und diese Korrektur ist notwendig geworden, weil die Eltern und die Kinder der Kinderbibliothek Lessingstraße uns darauf aufmerksam gemacht haben, daß wir bei diesem Beschluß nicht berücksichtigt haben, daß es dort eine gewachsene Struktur gibt, die zerschlagen wird. Ich denke, das ist etwas, das die Verwaltung, als sie dieses Bibliotheksnetz entworfen hat, nicht sehen konnte. Andererseits ist dieses Bibliotheksnetz natürlich auch nicht etwas Gottgegebenes und so etwas, wie ein ökologisches Gleichgewicht, wo man auf der einen Seite 'was wegnimmt und auf womöglich woanders 'ne Katastrophe damit provoziert. Dieses Netz ist konstruiert, und dieses Netz ist veränderbar. Und deswegen ist es jetzt, aufgrund dieser Proteste, die wir hatten und wo ich einfach auch noch einmal ganz deutlich sagen möchte, daß die Art und Weise, wie die Eltern und die Kinder da mit diesem Thema umgegangen sind, gezeigt hat, daß das also ein qualitativ sehr viel höher stehender Protest war, als das, was wir damals erlebt hatten bei der Schließung der Kindergärten, wo zum Teil die Eltern gesagt haben, 'nee, unseren nicht, macht doch den anderen zu' und die anderen haben gesagt 'nee, unseren nicht, macht doch den zu'.

Also hier haben wir es mit einer Elterninitiative zu tun, die sehr wohl das Gesamte im Auge hat und auch weiß, was in dieser Stadt notwendig ist, die aber nicht einsehen kann oder verstehen kann - und ich finde mit Recht - weshalb etwas kaputt gemacht werden soll, damit etwas Besseres entstehen kann.

Diese Kinderbibliothek besteht seit 50 Jahren, d.h. es gibt also schon Großeltern, die auch schon in dieser Bibliothek waren, und sie hat eine ganz eigene Atmosphäre. Und ich denke, vielleicht sind wir, leben wir in einer Zeit, wo wir zwei Dinge nebeneinander stehen haben. Auf der einen Seite alles das, das mit Computer, Technik usw. natürlich auch an die Kinder herangetragen werden muß, aber gleichzeitig auch noch Bestände von etwas so Altmodischem wie einer kleinen Bibliothek mit einer Bibliothekarin, wo man hingehen kann und den direkten Kontakt hat. Ein Kind, das da unten in die Hallmarktbibliothek kommt, das muß erst einmal da 'reingehen, an einer Lichtsperre vorbei. Dann muß es das Geld in einen Kasten stecken, wo es seine Tasche wegschließen muß, wo - diese Kästen sind alle für Erwachsene konstruiert - dann muß es sich hinstellen, muß sich registrieren lassen, muß in die zweite Etage gehen. Da ist ein großer Raum, das ist es mit sehr vielen, vielleicht sehr schönen Büchern alleine. Wenn es ein Buch gefunden hat, muß es wieder 'runtergehen, muß sich in eine Schlange stellen, wo lauter Erwachsene stehen und warten, bis es 'dran ist und wieder registriert wird. Das ist also qualitativ überhaupt nicht das, was es gewohnt ist von seiner kleinen Bibliothek, die einfach diesen Geruch einer alten Bibliothek hat. Das ist Lebensqualität. Das läßt sich nicht messen, und das haben wir nicht gesehen, daß wir dabei sind, das zu zerstören. Aber glücklicherweise hat es diese Eltern gegeben, die sehr massiv darauf aufmerksam gemacht haben. Und leider sieht das ja immer niemand, wenn hundert Kinder im regen durch die Stadt marschieren und rufen 'Lesen statt fernsehen, helft der Bücherei!'. Das ist sehr beeindruckend. Da ist niemand von den Stadträten da. Das sieht keiner, das geht unter. Ich möchte noch einmal die Zahlen nennen: 97 m<sup>2</sup>, Miete im Monat 1 279 Mark, das ist also keine Horrorzahl, und eineinhalb Stellen 86 000 DM Personalkosten im Jahr. Das müßte irgendwie zu schieben sein, daß es auch in dieser Bibliotheksstruktur unterzubringen ist. Außerdem denke ich, daß die Einsparung z.B. auch möglich wäre, indem man z.B., und ich denke, da wäre die Elterninitiative auch einverstanden damit, sagt, daß man einfach für eine gewisse Zeit den Bestand der Bibliothek einfriert, d.h. es werden keine neue Bücher angeschafft. Denn Kinderbücher, gute Kinderbücher, veralten so schnell nicht. Die Kinder wachsen 'raus, es kommen wieder neue dazu, die diese Bücher lesen. Also, das wäre durchaus auch eine Variante, wo man sparen könnte. Und, wir haben den Eindruck, daß das einfach jetzt so verfahrenere Situation ist, daß die Verwaltung diese Ratsentscheidung braucht. Sie braucht eine Mehrheitsentscheidung, um tätig werden zu können, denn so, wie es jetzt im Moment ist, ist sie natürlich an den alten Beschluß gebunden und

kann sich nicht bewegen. Und ich denke, daß wir uns vielleicht vorstellen können, daß wir uns irgendwann 'mal wieder um den Titel 'Kinderfreundliche Stadt' bewerben oder irgend-sowas. Aber in dem Moment, wo es wirklich 'dran ist und wo tatsächlich auch Bürger endlich 'mal wieder da ihre Interessen selber vertreten, und es passiert uns ja nicht so furchtbar oft in dieser Stadt daß es tatsächlich so ist, daß von der Bevölkerung so konstruktiv mitgearbeitet wird und mitgedacht wird, um eine Lösung zu finden. Und ich habe jetzt einfach, obwohl es alles bisher sehr schlecht gelaufen ist, die Hoffnung, daß hier jetzt im Rat noch eine Mehrheitsentscheidung zustandekommt und die Verwaltung aktiv wird. Und daß vielleicht alle miteinander ganz froh sind, daß diese Bibliothek erhalten bleiben kann, vielleicht auch Herr Gärtner.'`

Herr **Küpperbusch**, F.D.P.: „Ich glaube, an den Argumenten, die wir dereinst von Herrn Gärtner sowohl im Kultur- und Bildungsausschuß als dann auch später im Petitionsausschuß gehört haben, hat sich inhaltlich nichts verändert. Ich glaube, das ist erst einmal eine Feststellung, die man in dieser Form so auch nicht wegdiskutieren kann. Genauso wenig hat sich aber für mich an dem etwas verändert, was mich schon damals im Petitionsausschuß trotz meiner Zustimmung zu dieser Problematik sorgenvoll gestimmt hat und eigentlich von Mal zu Mal sorgenvoller stimmt. Und das ist die Frage, wie wir eigentlich unsere Prioritäten festlegen in unserem Haushalt. Und, hier geht es eigentlich auch gar nicht um absolute Beträge, hier geht es nicht darum, ob es nun 20 000 sind oder 100 000 oder 120 000, hier geht es einfach darum, ob denn tatsächlich das wenige Geld, das wir zur Verfügung haben, so eingesetzt wird, wie wir uns das wünschenswerter Weise vorstellen würden. Und, wir waren uns damals einig, als es ja um diese Gesamtkonzeption ging - es geht ja nicht nur um die Lessingstraße, es geht ja auch um eine ganze Menge anderer Einrichtungen, die geschlossen worden sind, daß wir mit einer Qualitätseinbuße rechnen müssen, daß wir zwar versuchen, das z.B. in diesem konkreten Fall durch diese Fahrbibliothek zu mindern. Ich kann also sagen, im Fall von Nietleben ist also der Qualitätsverlust so extrem, daß also das, was ich mir erwünscht und erhofft hatte, überhaupt nicht eingetreten ist. Und da stellt sich für mich die Frage, und ich betone jetzt, daß ich bewußt nicht als Fraktionsvorsitzender spreche, sondern meine rein persönliche Meinung hier wieder gebe und Sie wissen, daß der Gedanke des wirtschaftlichen Denkens eigentlich ein ganz wichtiger Aspekt ist in meinen ständigen Überlegungen, ob wir denn nicht tatsächlich darüber hätten nachdenken müssen, und ich betone das jetzt bewußt auch unter dem, wie soll ich sagen, Empfinden, daß ja auch eine

einmal getroffene Entscheidung nicht unbedingt eine Entscheidung für die Ewigkeit sein muß. Sondern bei Vorliegen besserer Erkenntnisse kann durchaus auch ein Nachdenken an dieser Strecke erfolgen, daß wir sehr häufig sehr viel Geld für Dinge aufwenden, wo sich mir die Frage stellt, ob das denn eigentlich das ist, was ich will oder ob es nicht an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt wäre. Und dieser Gedanke, der also damit letztendlich einhergeht, wie denn nun zu diesem Antrag zu entscheiden ist, das ist eine Entscheidung, die ich für mich persönlich natürlich treffe. Ich kann das jetzt 'mal ganz salopp und vereinfacht sagen, in diesem konkreten Fall ist also von dem, was wir da an Mitteln benötigen sicher schon einiges vorhanden, wenn wir unser sogenanntes Motivationstraining selbst machen. Das ist einfach 'mal eine kleine Provokation, aber eine Geschichte, die ich einfach hier so in den Raum werfen will, um damit einfach nur das Nachdenken über diese Dinge 'mal anzuregen. Vielen Dank.'`

Frau **Schaffer**, PDS: „Wenn wir nachher zur Abstimmung kommen, bitte ich doch, daß jeder persönlich eine Abstimmung macht, persönlich, öffentlich mit Namen.'`

Herr **Dr. Brockmann**: „Frau Schaffer, sprechen Sie jetzt als die Bürgerin Schaffer? Haben Sie das Mandat der ganzen Fraktion?`

Frau **Schaffer**: „Nein, habe ich nicht. Ich kann nur hoffen, daß meine Kollegen mitgehen, denn ich möchte meinen Wählern offenen Herzens entgegentreten können und sagen, ich habe gekämpft. Es hat nicht seien sollen.'`

Herr **Dr. Brockmann**: „Frau Schaffer, wir haben ja leider...oder leider... das lasse ich wertfrei, haben wir die Geschäftsordnung so geändert, daß die namentliche Abstimmung von einer Fraktion veranlaßt werden muß. Wir würden fortfahren in der Wortmeldung.'`

Frau **Haupt**, SPD: „Zu den Kindern ist schon viel gesagt worden. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich habe eine Frage noch, die ist meines Erachtens vorhin überhaupt nicht beantwortet worden oder ich habe es nicht gehört. 26 000 Bücher sollen eingelagert werden. Und ich finde es immer klasse auf Flohmärkten, wieviel Kinder und auch Erwachsene ihre noch so zerlesenen Bücher zum Weitergeben abgeben. Also in dieser Wegwerfgesellschaft, wo man ja Bücher auch schnell wegwerfen könnte, wird es nicht getan. Man hat Respekt vor dem Buch. Bücher wirft man nicht weg. Bücher verbrennt man nicht. Und 26 000 Bücher

einlagern, davon werden sie weder besser, noch genutzt. Es war in den vielen Gesprächen, die ich auch mit der Bibliothek hatte nie davon die Rede, die Bibliothek zu modernisieren, dort Geld 'reinzustecken, sondern lediglich den Status quo zu erhalten als so eine Art Auslaufmodell bis vielleicht die Bibliothek Nord kommt. Und ich denke, dann ist tatsächlich die Summe von der also für ein Jahr jetzt die Rede ist, eine vergleichsweise geringe Summe, die wir ansonsten relativ schnell hier über den Tisch gehen lassen. Was wird aus den Büchern, das war noch meine Frage?''

Herr **Gärtner**: „Also erst 'mal kurz nur die Antwort zu den 26 000 Büchern. 20 000 kommen ins Magazin in die Märkerstraße, 6 000 gehen nach Heide-Nord. Wenn 20 000 in ein Magazin gehen, heißt das nicht, daß sie aus der Entleihe verschwinden, sondern sie verschwinden aus dem Freihandzugriffraum. Sie gehen also in den Katalog ein. Das werden also Bücher sein, die in allen anderen Bibliotheken in der Freihandbibliothek als Titel vorhanden sind. Sollte es in der Freihandbibliothek dazu kommen, daß die zwei- bis dreifach immer vorhandenen Titel sozusagen nicht vorhanden seien, wird dann also vom Magazin in die Freihand nachgeschickt.``

Herr **Kupke**, CDU: „Ich habe damals leider für die Konzeption von Herrn Gärtner gestimmt. Ich habe mich durch viele Gespräche und auch die Aktionen, die gelaufen sind, eines anderen belehren lassen. Ich denke, es ist nicht die Zeit, wo wir jetzt Bibliotheken schließen, die gut besucht sind. Es ist die Zeit, wo wir Bibliotheken aufmachen müssen. Und hier steht so lapidar der Satz, die Kinder haben 30 Minuten hin- und zurückzufahren mit der Straßenbahn. Ja, Herr Gärtner, das kostet 2,60 DM für die Kinder, die keine Schulfahrkarte haben. Und für 2,60 DM müssen die ein Buch ausleihen. Und das macht man nicht so ohne weiteres. So daß ich mich nicht der Argumentation anschließen kann.``

Herr **Jeschke**, Neues Forum: „Herr Gärtner, ich habe mich mit Eltern in der Silberhöhe über das Problem unterhalten. Und ich habe dort eigentlich die Meinung auch vorgefunden, daß so etwas - ich habe das auch provokativ angesprochen : 'Ihr wohnt hier und Eure Kinder haben nicht solche Bedingungen', obwohl es da auch so eine Kinderbibliothek gibt und gehen die denn dahin und wie das Problem da im Paulusviertel, in dem Viertel der Besserverdienenden, im Professorenviertel, dort soll also eine Bibliothek erhalten werden, wo die Stadt also Mittel hineinsteckt, es sind nicht viel, aber immerhin, sollen für Euch hier draußen in den Randbezirken - wir haben ja heute noch eine Statistik vorliegen, wo wir sehen, daß also 230 000 Hallenser in Randbezirken leben - für Euch soll 'was getan werden, und da sollte im

Kerngebiet eine Bibliothek abgebaut werden.' Die Bürger, auch in der Silberhöhe, sehen das Problem nicht so. Sie sehen auch von dem Konzept, das ich versucht habe zu erklären, nicht - also diese Bürger, die ich gesprochen habe - sie wollen eine Verbesserung haben, aber sie glauben nicht, daß es allein mit einem zentralisierten Konzept geht, sondern spontan waren also Äußerungen auch dafür da, Jawohl, wenn die das im Paulusviertel haben und das läuft bei denen und es ist für die Stadt finanzierbar, dann sollen die das auch weiter haben.

Und, im Gegenteil wünschen sich viele Bürger so eine Bücherstube - sage ich 'mal - bewußt in ihrer Umgebung für ihre Kinder, eher vielleicht als den zentralen Bücherbus, der 'rumkommt. Das muß ich noch mal sagen, und ich glaube, das sollten wir in dieser Tendenz auch, daß wir für eine Pluralität im Bibliothekswesen für Kinder vielleicht da hier auch votieren, sollten wir das zu erkennen geben. Außerdem möchte ich mich im Namen meiner Fraktion für die namentliche Abstimmung aussprechen und beantrage das hiermit.''

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD: „Der Verlauf des heutigen Nachmittags, der läßt in mir ein Gefühl nicht los, daß darin besteht, wir sind bereit für totes Gestein viel mehr Geld auszugeben, als für lebendige Kinder. Ich möchte dazu nicht gehören und werde für diese Vorlage stimmen.''

Herr **Bönisch**, CDU: „Ich möchte noch einmal auf die Anfrage zurückkommen, die Herr Dr. Reinhardt vorhin stellte, also nach den geänderten Voraussetzungen. In der Vorlage vom September vergangenen Jahres stand, daß 100 Bibliothekarstunden frei werden bei der Schließung der Lessingstraße und es stand außerdem der Mietpreis - ich weiß nicht mehr genau, entweder waren es damals zum aktuellen Zeitpunkt 30 Mark oder es waren 22 Mark, das hat sich deutlich geändert. Herr Gärtner, warum haben Sie das nicht gesagt? Das sind Änderungen der Voraussetzungen.''

Herr **Gärtner**: „Also wir haben am Anfang gehabt 30 Mark, wir haben dann nach Verhandlungen 22 Mark für den Mietpreis. Und sind jetzt beim Mietpreis für 12,50 Mark. Die Grundvoraussetzungen aber, wie der Beschluß steht, daß eigentlich bei der Umstrukturierung, bei der Erweiterung anderer, ist ja nicht das Grundproblem des Mietpreises an sich, wobei das ein Problem ist, sondern das Problem der Arbeitskräfte und der Personalkosten, die damit zusammenhängen. Und das hat sich nicht geändert. D'rum ist es ja auch jedes Mal falsch, und d'rum habe ich bei Herrn Dr. Ackermann mit dem Kopf geschüttelt, immer nur

die Mietkosten, die zusätzlich entstehen gegenüber dem vorherigen Verhältnis ins Feld zu ziehen, wenn man nicht beachtet, daß in der Gesamtstruktur der Vorlage ja mit dem Personal etwas anderes geschehen soll, damit wir etwas anderes entwickeln können. Also muß ich zu den 17 TDM oder 20 TDM, über 3 TDM braucht man sich dann wirklich nicht zu streiten, mindestens auch die jetzt vorhandenen 70 Stunden Arbeitskräfteanzahl, die zu dem Zeitpunkt drei sind, sie wären auch noch drei, wenn ich die Struktur der Lessingstraße halten will, denn die eine ist nur abgeordnet zur Zeit, die gehört eigentlich dazu. Sind es also nicht 86 TDM bei den jetzigen Stunden, sondern - wenn ich ganz ehrlich sein soll - bleiben wir, bei einer Abordnung bleibt ja die Stelle dort erhalten, sind das also mehr als 86 TDM, sind noch einmal 40 TDM dazu. Aber ich habe gesagt, wir haben das erst einmal mit Abordnung gelöst, und wir könnten die Lessingstraße mit diesen 70 Stunden Personal betreiben. Das ist also hier erst einmal gesagt. Es ist viel gesagt worden, dann möchte ich wenigstens jetzt noch 'mal zu bestimmten Grundsätzen etwas sagen. Also, so, wie der Ansatz ist, den der Stadtrat vorgegeben hat mit seinem Haushaltsplan - deshalb ist das, was Herr Küpperbusch gesagt hat, eigentlich die Kardinalfrage, zu der Sie sich bekennen müssen, danach kann ich handeln - aber so, wie Sie sich bisher bekannt haben im gesamten Prozeß, hat niemand den Haushaltsplan in Frage gestellt. Also kann ich nur dementsprechend handeln und hab' entsprechend diesen Handlungen Ihnen aus dem Wissen der Verwaltung eine Struktur vorgeschlagen, die mit den vorhandenen Mitteln nach meiner Überzeugung die vernünftige ist. Und da muß man abwägen zwischen positiven und negativen Seiten. Und wir haben auch nie gesagt, daß die Schließung der Lessingstraße ein positives Element als Einzelelement ist. Wir haben immer gesagt, in dem Gesamtkomplex, den wir vorschlagen, ist der Gesamtkomplex, der herauskommt, immer noch positiver als das, was vorher im Gesamtkomplex vorhanden war.

Das war unsere Betrachtungsweise, und dem ist man bisher auch gefolgt, weil - und das sage ich - der Stadtrat wie bereit war und auch nie signalisiert worden ist, daß die Determinanten, aus denen dies entstanden ist, verändert werden sollen. 'Drum sage ich auch jetzt, wenn Sie diese Determinanten nicht verändern wollen, dann kann dieser Antrag nicht angenommen werden, nur unter der Bedingung, daß Sie im Punkt 3 der bisherigen Beschlußvorlage also dann auch festschreiben, daß die Kinderbibliothek Hallmarkt mit 43 Stunden wöchentlich bleibt, daß der Bürgertreff Heide-Nord mit 33 Wochenstunden täglich bleibt, daß eine Erweiterung des Buchbestandes in Heide-Nord auf 20 000 Medieneinheiten nicht stattfindet,

sondern der bei 14 000 Medieneinheiten bleibt und daß die im Punkt 3 festgeschriebene Verbesserung der Qualität der Leserberatung in den Bibliotheken durch das freierwerbende Personal nicht stattfindet. Das müssen Sie entweder mit beschließen oder Sie beschließen generell, daß in den Haushalt der Stadtbibliothek, wobei ich Ihnen keine Deckungslücke bringen kann aus meinem Dezernatsbereich, es sei denn, sage also, diese dann benötigten über 110 TDM zusätzlich - ist die einzige freie Position, variierbare Position, die Buchbeschaffungsmittel. Das ist durchaus richtig. Buchbeschaffungsmittel sind eingestellt mit 210 TDM, da ist also in diesem Jahr schon von Ihnen gekürzt worden, ist von Ihnen schon gekürzt worden von 285 TDM auf 210 TDM, hängt damit zusammen, weil die Fördermittel in der Größenordnung nicht kommen, vom Land nicht kommen, weil das Land die Fördermittel 'runtergefahren hat in diesem Bereich. Dort kann ich etwas wegnehmen. Dann bleiben wir also mit rund knapp unter 100 TDM Buchbeschaffungsmittel. Damit kann man nichts mehr anschaffen. Also dann haben wir die Situation - vorhin ist gesagt worden, man sollte doch dann auf die Anschaffung von neuen Büchern verzichten. Ich mache darauf aufmerksam, daß vorhin bei den Kindern u.a. hervorgehoben worden ist, daß Bücher...teuer sind und daß man deshalb in die Bibliothek geht. Wir werden also die Attraktivität unserer Bibliotheken, wenn wir nicht neue Bücher beschaffen, drastisch zurückschrauben. Es wird nicht nur in die Bibliothek gegangen, weil es schöne alte Bücher gibt, sondern es wird in die Bibliothek gegangen, weil es wirklich ein Problem ist, sich neue Bücher persönlich anzuschaffen. Das bitte ich also bei dieser Sache zu beachten. Also, um noch einmal zum Schluß zu kommen. Wenn Sie also die Lessingstraße offenhalten wollen und jetzt das Beziehungsgefüge nicht verändern wollen, dann müssen Sie auch das mitbeschließen, was - oder dann wegbeschließen, das, was bisher in der Vorlage stand zu den Punkten, zu denen ich mich geäußert habe. Oder Sie verändern das Beziehungsgefüge. als Stadtrat.''

Herr **Müller**, PDS: „Genau das, was jetzt von Herrn Gärtner dargelegt worden ist, wollte ich eigentlich noch einmal anfragen. Im Grunde genommen die Konsequenzen, was passiert, wenn man diesem Antrag, so, wie er dort steht, folgt. Und das wird eigentlich ganz offensichtlich, daß eine Finanzierung nicht gegeben ist, daß für mich eigentlich die Frage ist, entweder Lessingstraße offen lassen oder 'was anderes schließen oder entsprechend einschränken. Oder ich muß halt die Haushaltsstelle erhöhen. Und da hiervon überhaupt noch nicht die Rede gewesen ist, außer daß das jetzt 'mal angesprochen ist, kann ich diesem Antrag so nicht folgen.''

Herr **Küpperbusch**: „ Und weil dem so ist, deshalb versuche ich jetzt 'mal einen Kompromiß-vorschlag. Ich glaube, es ist ja eindeutig herausgearbeitet worden, wenn wir nicht die Möglichkeit finden, die Finanzen an dieser Stelle zu sichern, ist also alles, was wir hier diskutieren für die Katz'. Wir haben auch gehört, daß Sie sich außerstande sehen, in Ihrem Bereich, in Ihrem Budget eine Möglichkeit zu sehen, die notwendigen Mittel bereit zu stellen, und deshalb versuche ich einfach 'mal aus aktuellem Anlaß, da ist aber jetzt 'mal so ins Grobe formuliert, daß wir die Kinderbibliothek in der Lessingstraße so lange eröffnet lassen, bis wir im nächsten Haushalt ohnehin über die entsprechenden Positionen neu zu beschließen haben und daß die notwendige Mittelbereitstellung für die Überbrückung bis zu diesem Zeitpunkt zu finanzieren wäre aus dem - ich sage 'mal jetzt - nicht betriebsnotwendigen externen Beraterleistungen für Mitarbeitermotivation. Das reicht, was wir da zur Verfügung haben.``

Herr **Dr. Meerheim**, PDS: „Also, ich bin ja überrascht, positiv überrascht über die Kehrtwendung vom Fraktionsvorsitzenden. Ich meine, der hat ja begründet, daß das durchaus möglich ist, Fehler kann man einsehen, und man sollte dann dazu stehen. Es freut mich, daß es so ist. Es ist richtig, wer sich die Beschlußvorlage vom vorigen Jahr noch einmal angesehen hat, der wird feststellen, und ich kann auch dem Antrag, den Herr Küpperbusch hier gestellt hat, freudigen Herzens zustimmen. In dieser Beschlußvorlage steht nämlich unter Hinweis auf das WIBERA-Gutachten, also das ist in unseren Beschlußvorlagen schon materialisiert, dieses Gutachten, immer wieder, und man kommt darauf zurück und gibt noch mehr Geld aus für diese Gutachtergesellschaft, die Papiere am laufenden Band für die Stadt produziert, ohne daß man darauf eingeht oder daß es eine Wirkung gezeigt hätte. Dort wird also klipp und klar gesagt, daß die Stadt 77,5 Vollzeitstellen, also VZE, besetzt hält mit einer größeren Anzahl von Beschäftigten. Die WIBERA schätzt aber ein bei dem vorhandenen Zweigstellennetz und der geplanten Entwicklung, daß sie 10 Stellen für die Stadt mehr benötigt. Und wir reden hier über - ich sage - 70 Stunden, daß ist also ein und eine Dreiviertelstelle und nicht zehn Stellen. An anderen Stellen dieses Gutachtens wird von Stelleneinsparungen gesprochen. Da sind der Stadtrat und manche Teile der Verwaltung recht schnell dabei, diesen Wünschen und Vorschlägen im WIBERA-Gutachten sofort zu folgen. Aber wenn es an einer anderen Stelle darum geht, halt auch 'mal das aufzunehmen, wo also durchaus auch Vorschläge unterbeitet werden oder Hinweise gemacht werden, wo man eigentlich auch stoppen müßte, um eine Qualität zu halten bzw. sie eventuell sogar noch verbessern zu können, immer gemessen an den Standards, die man ja anlegt, die ja aus unseren befreundeten westlichen Bundesländern kommen, dann finde ich den Vorschlag, den Herr Küpperbusch gemacht hat, also ausgezeichnet. Wenn der Stadtrat heute diesem Beschluß zustimmen könnte, dann bestünde auch für die Verwaltung sicherlich die Möglichkeit, einen Alternativvorschlag auch noch einmal bezüglich der Strukturierung des Bibliotheksnetzes insgesamt - möglicherweise darüber nachzudenken, denn wir haben ja auch noch zwei andere Zweigstellen geschlossen, nicht nur die in der Lessingstraße. Und da wohnen auch Kinder überall ringsum. Und Herr

Kiel hat vorhin in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, daß wir ja auch 'mal - und ich tu's hier an der Stelle noch mal - wir hatten ja schon einen erheblichen Aderlaß vor allem im Bereich Kindergärten, auch wenn die Verwaltung sich da immer wieder wehrt. Ich sage 'mal, wir hatten eine Zeitlang noch viele Kindergärtnerinnen in der Verwaltung 'rumschwirren, die Gott sei Dank nicht kündigt worden aus den unterschiedlichsten Gründen. Soll doch die Verwaltung 'mal überlegen: Gibt es nicht die Möglichkeit, diese Kindergärtnerinnen, die da immer noch 'rumschwirren und keiner ganz genauen Stelle zugeordnet worden sind, für die aber die Personalkosten ja laufender Weise ausgegeben werden, ob die nicht sinnvollerweise hier zum Einsatz kommen könnten, um dieses Bibliotheksnetz in der Stadt zu erhalten. Das wird ich also diesem Antrag irgendwo also mit zufügen wollen, weil ich denke, daß wäre auch eine Alternative vielleicht dahingehend, trotzdem eine - ich sage einmal - eine Minderausgabe irgendwo vielleicht zu schaffen. Ich denke einfach, daß hier im Vorfeld der gesamten Diskussion von damals bis heute nicht genügend recherchiert wurde und auch nach Alternativen gesucht wurde, die also eine Lösung für alle Seiten, und zwar für Heide-Nord, für die Lessingstraße, für den Markt und für die Saaleaue etc. möglich gemacht haben, wegen mir kostenneutral oder wie es jetzt im Antrag von Herrn Küpperbusch tendenziell angezeigt wird durch die entsprechende Einstellung von finanziellen Mitteln im Haushalt. Ich verlange eigentlich, daß solche Alternativen zumindestens angeboten werden. Der Stadtrat hat über Alternativen zu entscheiden und nicht über eine Vorlage, die nur eine Aussage trifft, und wir haben dann die Möglichkeit, uns innerhalb von einem halben Jahr mühsam die Wahrheit oder weitere Fakten zusammensuchen, die in der Vorlage vielleicht nicht benannt wurden.''

Herr **Dr. Brockmann**: „ In der Reihenfolge war Herr Doege 'dran. Nun müssen wir ja bitte 'mal bedenken, daß durch den Küpperbusch'schen Vorschlag eigentlich eine neue Sachlage ist, die würde ja die Lösung dieser Frage für heute aussetzen. Sie hatten aber, Herr Küpperbusch, aufgrund Ihrer überraschenden Wendung wieder eine Fülle neuer Wortmeldungen produziert.''

Herr **Doege**, CDU: „ Herr Vorsitzender, ich wollte direkt Herrn Gärtner ansprechen, möchte aber jetzt das Gespräch nicht stören. Herr Gärtner, zu dieser ganzen Angelegenheit, Sie haben natürlich Recht, der Stadtrat beschließt den Haushalt, aber ich meine, in Ihrer Argumentation treiben Sie das Schwarze-Peter-Spiel doch ein bißchen auf die Spitze. Ihr Ressort ist in die

Haushaltsverhandlungen mit klaren Vorstellungen auch hinsichtlich der Haushaltsmittelnotwendigkeiten 'reingegangen. Ich kann mich in Finanzausschußsitzungen nicht erinnern, wie gesagt, ich kann mich erinnern, daß von Ihrer Seite aus auf diese Kalamität hingewiesen worden sei, daß überhaupt der Finanzausschuß noch einmal in der Lage gewesen wäre, dort noch 'mal gemeinsam mit dem jeweiligen Fachausschuß Überlegungen anzustellen. Ich meine, wir sollten hier, wenn, dann auch generell fair miteinander umgehen. Ich halte das also für sehr bedenklich. Ich kann mich, wie gesagt, ich laß' mich gerne korrigieren, auch von anderen Mitgliedern aus dem Finanzausschuß, kann mich an solche Aussagen von Ihnen in keiner Weise erinnern, daß die Änderung der Bibliotheksstrukturen in irgendeiner Weise verbunden worden ist mit den mangelnden Haushaltsmitteln. Da gab's in keiner Weise von Ihnen entsprechende Aussagen.'`

Herr **Gärtner**: „Zu dieser Feststellung. Also mein Dezernat hat den Haushalt für die Stadtbibliothek so vorgelegt, wie er jetzt beschlossen worden ist, und hält diesen Haushalt auch für vernünftig. Er hält ja auch die Umstrukturierung für vernünftig. Ich habe nur gesagt, wenn Sie andere politische Prämissen, dann muß man auch andere haushaltstechnische Prämissen setzen. Ich bleibe dabei, daß das mit allem Für und Wider eine vernünftige Lösung ist, d.h. deshalb haben wir auch den Haushalt so eingebracht. Aber in der jetzigen Diskussion sind andere politische Prämissen gesetzt worden, und die kann man dann aber nur befriedigen, wenn man andere haushaltstechnische Prämissen setzt.'`

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: „Ich denke, angesichts des Antrages - und ich merke ja, daß hier im Rat insgesamt, auch durch die Diskussion, die in den letzten Tagen und Wochen gelaufen ist, eine gewisse Betroffenheit da ist und auch bestimmte Überlegungen, in welche Richtung soll's denn weitergehen. Und daß, was der Herr Küpperbusch und auch der Herr Meerheim eingebracht haben, wir sollten doch wirklich jetzt 'mal gucken und sollten wirklich 'mal prüfen, ob es solche Möglichkeiten gibt, für eine Übergangszeit das aus einem Pool von Mitarbeitern, die wir noch haben, vielleicht abzudecken. Und daß man heute - daß denke ich, dort eine Prüfung vorzunehmen, das hielte ich schon für wichtig, bis zu dem Punkt, wo über den Haushalt diskutiert wird, denn das wäre meiner Meinung nach eine Möglichkeit, hier jetzt erst einmal weiterzukommen, denn sonst diskutieren wir - was weiß ich - noch drei Tage darüber, und ich sehe zumindestens eine Möglichkeit, wenn man da 'mal genau hinguckt, vielleicht findet man doch noch ein, zwei Leute, die das für eine Über-

gangszeit erst 'mal machen können.'`

Herr **Dölle**, CDU: „Ich bin eigentlich nicht der Auffassung, die Frau Szabados, eben vertreten hat. Ich bin schon der Meinung, wir sollten heute Nägel mit Köpfen machen. Zweitens, ich bin auch nicht der Auffassung von Herrn Küpperbusch, der, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu Ungunsten der Schulung von der Verwaltung, diese Bibliothek aufrechterhalten möchte. Ich bin schon beeindruckt von dem, was der Herr Dr. Gärtner erklärt hat, der nach meiner Auffassung durchaus durchsichtig gemacht hat, wie die Sachlagen stehen und der natürlich auch den Haushalt mit vertreten muß. Und er kann nicht verweisen und kann sagen: 'Ja, da müssen Sie den Haushalt möglicherweise anders gestalten', aber das hat er ja jetzt eben korrigiert. Und deshalb muß ich sagen, schließe ich mich der Meinung von Herrn Müller an, daß eigentlich keine Alternative zu steht. Das, was der Herr Dr. Gärtner gesagt hat, scheint für das Gesamtpaket das beste zu sein. Und es hat keinen Zweck, nun noch 'mal etwas auszudrücken und es wird nichts Richtiges und nichts Halbes und nichts Ganzes. Ich glaube, daß das das Vernünftigste ist, was Dr. Gärtner gesagt hat. Ich schließe mich dem an.'`

Herr **Küpperbusch**: „Ich glaube, wir haben die Argumente ausgetauscht. Wir sollten zur Abstimmung kommen. Nur noch 'mal zu Ihrem Verständnis. Es geht nicht darum, generell die Schulungen der Verwaltung nicht durchzuführen. Es geht um A) den absoluten Betrag, der also benötigt wird, was zu prüfen wäre und B) es geht um eine bestimmte Spezifika einer Schulung, wo man also sehr wohl darüber nachdenken kann, ob das denn wohl im Augenblick das Notwendigste ist, was wir brauchen. Und das soll geprüft werden, das ist auch der Antrag.'`

Herr **Dr. Meerheim**: „Ich hatte vorhin eigentlich auch einen Antrag gestellt, und Frau Szabados hat den jetzt eigentlich wiederholt. Ich bin also sehr wohl dafür, einen vierten Punkt hinzuzufügen - ich hab' das vielleicht nicht so deutlich gesagt - zu den jetzt vorliegenden dreien, unter Einschluß von dem, den Herr Küpperbusch vorgeschlagen hat, nämlich die Verwaltung zu beauftragen, ob aus diesem Pool der vorgenannten Erzieherinnen es möglich ist, sie dann in Heide-Nord - das habe ich hier alles noch einmal aufgeschrieben -

in die entsprechenden Zweigstellen einzusetzen, um die gesamte Strukturierung und Verbesserung des Bibliotheksnetzes in der Stadt ohne die Schließung der Lessingstraße vollziehen zu können. Und die Prüfungsphase und die Prüfungszeit wäre der Zeitraum, für den Herr Küpperbusch jetzt diese Gelder veranschlagt hat.“

Herr **Dr. Brockmann**: „ Herr Dr. Meerheim, ich muß hier sagen, es gibt überhaupt keine Anträge, außer sie lägen in Schriftform vor. Und das ist einer der Vorzüge des Antrages von Herrn Küpperbusch... Jetzt ist die Sachlage völlig anders.“

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**: „ Wir dürfen uns nicht Sand in die Augen streuen. Der Rat kann der Meinung sein, die Bücherei soll bestehen bleiben, dann müssen die finanziellen Konsequenzen gezogen werden. Wenn wir die Bücherei erhalten und gleich wohl das, was Sie beschlossen haben im Hinblick auf das Gesamtkonzept - Herr Gärtner hat das noch einmal deutlich gemacht - realisieren wollen, dann kostet das zusätzlich jedes Jahr etwa 100 TDM - ungefähr. Das bedeutet, daß man sich doch bitte entscheiden muß, was man will. Alle möglichen Dinge jetzt zu prüfen, hat doch gar keinen Sinn. Man kann natürlich sagen, wir prüfen jetzt 'mal und lassen vorübergehend offen - nein, nein, so ist eben formuliert worden - dann haben wir das 'vorübergehend' wieder als eine neue Interpretationsmöglichkeit. Ich wäre dafür, daß wir eine klare Entscheidung kriegen, was der Rat denn will.

Dann können wir uns darauf einstellen. Daß ich dem Antrag von Herrn Küpperbusch nicht zustimme, weil ich den für grundlegend falsch halte, das brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Denn ich kann nicht an einer entscheidenden Stelle, wo ich die Mitarbeiter darauf vorbereiten muß, schwierige Prozesse der Verwaltungsumstellung zu machen, an der Stelle sparen. Das wäre ein verhängnisvoller Fehler für die weitere, auch finanzielle Entwicklung der Stadt. Wenn wir denn tatsächlich zu Ergebnissen kommen wollen, dann müssen wir die Mitarbeiter mitnehmen, und dann müssen wir sie auch darauf vorbereiten, daß neue Aufgaben auf sie zukommen. An der Stelle zu sparen und dafür zu sagen, wir machen jetzt eine freundliche Verbeugung vor irgend jemand, der gegen eine bestimmte Maßnahme der Stadt ist, das wäre ein wirklich schlimmer Fehler. Dann sollte man den Mut haben und sagen, gut, dann haben wir 100 TDM dafür, dann muß das dann aber auch durchgetragen werden von all denen, die jetzt dafür sind. Das bedeutet, daß irgendwo anders per Saldo natürlich

nachher 100 TDM fehlen. Das ist völlig klar. Das muß auch Ihnen klar sein. Die kommen nicht zusätzlich von irgendwo her. Und auch wenn ich die Kindergärtnerinnen dort einsetze, dann sitzen die da dauerhaft auf einer Stelle und sind damit bis an ihr Lebensende nicht mehr wegzukriegen. Auch wenn ich die da nur vorübergehend jetzt zunächst 'mal einsetze. Das sind die personalrechtlichen Konsequenzen. Es sei denn, ich rationalisiere dann wieder etwas weg, um dann eine neue Grundlage zu haben. Also, ich plädiere wirklich dafür, daß der Rat sich eine Meinung bildet. Zweimal haben Sie gesagt, auch im Beschwerdeausschuß, wir wollen schließen. Sie haben detaillierten Aufträge an uns erteilt. Und jetzt, meine ich, da muß man auch den Mut haben zu sagen, was will man, will man A oder will man B, aber nicht jetzt irgendwelche Zwischenlösungen, die nachher uns wieder zwischen allen Stühlen sitzenlassen.''

Herr **Prof. Schuh:** „Das Verfahren von Herrn Küpperbusch ist natürlich raffiniert, denn der Beschluß, also die Bewilligung dieser 100 TDM für Schulungszwecke - da bin ich ziemlich sicher - wird natürlich durch den Rat kommen. Es ist natürlich ein großer Trick zu sagen, dann geben wir das den Kindern. Herr Küpperbusch, ich habe auch Verständnis dafür, daß Sie das vielleicht nicht verstehen, was hier von der Verwaltung beabsichtigt ist, eben diese Schulungsmaßnahmen. Ich kann Ihnen das aber sagen aus vielen Kontakten mit Großbetrieben. Das ist nichts Ungewöhnliches. Auch bei erfolgreichen Großbetrieben wird das gemacht. Deshalb halte ich dieses Junktim für falsch, und da bin ich mit dem Oberbürgermeister einer Meinung, das ist gar keine Frage.

Herr **Dr. Brockmann:** „Ich habe ein Problem. Wir sind beim Geschäftsordnungsantrag von Herrn Küpperbusch Abbruch der Debatte und...''

Herr **Prof. Schuh:** „Okay. Entschuldigung, das hab' ich jetzt nicht mitgekriegt - Nein, also der Oberbürgermeister hat sich ja auch anders geäußert. Gut, ich hab' ja meine Sache gesagt. Reicht.''

Herr **Jeschke:** „Ich wollte mich zum Geschäftsordnungsantrag, als Herr Küpperbusch ihn vorgebracht hat, dahingehend äußern, daß ich dagegen bin, die Diskussion hier abubrechen. Nachdem der Herr Oberbürgermeister jetzt seine Einwendungen gebracht und festgestellt hat, es geht hier nur darum, ob der politische Willen des Stadtrates ist, diese Bibliothek zu schließen und nicht zu schließen, jetzt zu diesem Zeitpunkt, da bin ich dafür, daß jetzt die Abstimmung stattfindet. Ganz einfach auch, weil ich meine, was Kinder aus Büchern lernen sollen, ist Phantasie und Redlichkeit. Redlichkeit, Herr Gärtner, das haben Sie vielleicht

bewiesen, wenn Sie gesagt haben, es geht mit dem Haushalt nicht so, Kreativität. Phantasie haben Sie nicht bewiesen. Ich denke, da geht auch bei Ihnen noch ein bißchen 'was, daß man überlegt, wie man Bürger mitmachen läßt, um so eine Bibliothek zu erhalten an dieser Stelle und nicht nur immer an diese jetzige Finanzierungsmöglichkeiten denkt.'`

Herr **Gärtner**: Also, wir haben mit der Bürgerinitiative geredet, wir haben Möglichkeiten aus- gelotet, wie kann man diese Bibliothek mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger führen und deren Kreativität. Nachdem wir alle Probleme und Risiken abgewogen haben, hat die Bürger- initiative Nein gesagt, und dafür habe ich sogar Verständnis. Also bitte nicht mit dieser Linie kommen, daß hier nicht Kreativität walten gelassen wurde.'`

Herr **Dr. Brockmann**: „Die Sachlage ist ein bisschen unübersichtlich. Herr Küpperbusch, gehen Sie mit mir mit? Wir würden zunächst Ihren Antrag, der die Frage offen hält und letztlich eigentlich dann der weitergehendste ist, wobei, bei den anderen hängt es ja immer davon ab, wie das Ergebnis ausfällt.'`

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag  
Ende der Debatte:  
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr **Dr. Brockmann**: „Dann lese ich den Antrag von Herrn Küpperbusch vor:  
*Die Kinderbibliothek Lessingstraße bleibt bis zur nächsten Haushaltsfestlegung bestehen.  
Die notwendige Mittelbereitstellung ist aus nicht betriebsnotwendigen externen Beratungs- leistungen für Mitarbeitermotivation zu finanzieren. So lautet dieser Antrag... Wer möchte... ich kann nichts verstehen, Frau Bohley, dafür gab's auch keinen Wunsch von Herrn Küpper- busch auf namentlich. Wer möchte mit diesem Antrag mitgehen?`*

**Abstimmung zum Antrag Stadtrat Küpperbusch: bei 18 Ja-Stimmen  
20 Nein-Stimmen**

**mehrheitlich a b g e l e h n t**

(Dialog zwischen Herrn Dr. Brockmann und einem Stadtrat, der nicht vor Mikrofon ge-

führt wurde)

**Abstimmung zum Antrag auf namentliche Abstimmung  
über den vorliegenden Antrag: mit mehr  
als einem Fünftel der Mitglieder**

**des Stadtrates z u g e s t i m m t**

Herr **Dr. Brockmann** verlas den allen Mitgliedern des Stadtrates vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Neues Forum und PDS.

**Namentliche Abstimmung:**

Ackermann, Dr. Jürgen	Ja
Bock, Dr. Dieter	
Nein	
Bönisch, Bernhard	
Ja	
Bohley, Heidi	Ja
Boltze, Heinz	Ja
Brockmann, Dr. Justus	
Nein	
Doege, Eberhard	Enthaltung
Dölle, Clemens	Nein
Dorn, Irmela	zur Tagung
nicht anwesend	
Dreizehner, Karl-Heinz	
Ja	
Ehlert, Heidemarie	Ja
Faßhauer, Wilhelm	zur Tagung
nicht anwesend	
Frach, Jutta	
zur Tagung nicht anwesend	
Frühauf, Dr. Gerda	
Enthaltung	
Fuchs, Ute	Nein
Geuther, Joachim	
Nein	
Greuel, Mechthild	
Ja	
Günther, Harry	
Nein	
Hackel, Hans Dietger	
Nein	
Handweg, Bärbel	
zur Tagung nicht anwesend	
Haupt, Hanna	
Ja	
Haupt, Ute	
Ja	
Heft, Uwe	
Ja	
Isbaner, Prof. Werner	
Enthaltung	
Jeschke, Peter	
Ja	

Kautz, Ingo	
Ja	
Kiel, Prof. Siegfried	
Ja	
Klapperstück, Dr. Michael	
Ja	
Kley, Gerry	
Nein	
Knittel, Joachim	
Nein	
Köck, Dr. Uwe-Volkmar	
Ja	
Koehn, Dr. Horst	
zur Tagung nicht anwesend	
Koehn, Gottfried	
Nein	
Krischok, Marion	
Ja	
Küpperbusch, Bernd	
Enthaltung	
Kupke, Wolfgang	
Ja	
Lenk, Margrit	
zur Tagung nicht anwesend	
Lorenz, Günter	
Enthaltung	
Meerheim, Dr. Bodo	Ja
Mikesch, Frank	
zur Tagung nicht anwesend	
Müller, Klaus	
Nein	
Müller-Gerberding, Dr. Ralf	Ja
Rauen, Dr. Klaus	
Nein	
Reinhardt, Dr. Volker	
Nein	
Sänger, Frank	
zum TOP nicht mehr anwesend	
Schaffer, Marlies	
Ja	
Scheller, Barbara	Nein
Schmiedel, Ursula	Nein
Scholze, Friedemann	Enthaltung
Schuh, Prof. Dr. Dieter	Nein
Stroisch, Klaus	
zur Tagung nicht anwesend	
Tanneberger, Prof. Heino	zur Tagung
nicht anwesend	
Tannenberg, Heidrun	zur Tagung
nicht anwesend	
Veith, Hendrik	Ja
Werner, Dr. Ulrich	Ja
Wolf, Petra	zur Tagung
nicht anwesend	
Wuttke, Dr. Charlotte	
Nein	

bei 22 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen

## 6 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/A-472 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, Neues Forum

und PDS zur

Kinderbibliothek Lessingstraße

---

1. Die Kinderbibliothek Lessingstraße 1 bleibt am jetzigen  
Standort erhalten.

Alle Maßnahmen zur Schließung und Auflösung der  
Bibliothek werden rück-  
gängig gemacht.

2. Der Punkt 2.2. - betr. Kinderbibliothek  
Lessingstraße 1 - des Beschlusses des

Stadtrates vom 17.0.9.1997 „Strukturierung und  
Effektivierung des Bibliotheks-  
netzes in Halle (Saale)“ - Beschluß Nr. 97/I-  
34/713 - wird aufgehoben.

---

Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion -  
Jahresarbeitsvertrag für jeden

## Sozialhilfeempfänger ab 1999

Vorlage Nr. 98/I-44/A-464

---

Herr **Prof. Schuh**, SPD, äußerte sich zur Stellungnahme der Verwaltung. Er möchte darauf hinweisen, daß man das nicht erfunden habe und hier den Stein des Weisen neu in die Welt gesetzt habe. Es sei bekannt, daß diese Verfahrensweise seit 1994 in Leipzig praktiziert werde. Was ihm an der Antwort der Verwaltung nicht gefalle, sei die Einschätzung über die Größe der Gruppe, die hier in Frage komme. Die finanziellen Mittel, die man in den ersten zwei Jahren bereitstellen müsse, müsse wesentlich höher sein. Er warne davor, diese Sache so vorsichtig zu behandeln, daß sie letztlich nicht den Effekt bringe. Es sei ihm völlig klar, daß das ganz ernsthaft finanzielle Auswirkungen haben werde.

Herr **Doege**, CDU, meinte, seine Fraktion sehe hier einen sehr hohen Klärungsbedarf, vor allem für das Aufgabenfeld, was von diesen Arbeitskräften dann „beackert“ werden solle. Er beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in die zuständigen Ausschüsse.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, erklärte, der Antrag der SPD-Fraktion komme dem Anliegen seiner Fraktion, den sie schon mit einem ähnlichen Antrag gestellt habe, sehr entgegen. Hier werde aus Sozialhilfe ein festes Arbeitsverhältnis, das auch eine Resozialisierungsfunktion habe. Man werde diesen Antrag auf jeden Fall unterstützen, bitte aber auch, ihn gemeinsam zu beraten mit den Anträgen, die die SPD-Fraktion das letzte Mal im Stadtrat eingebracht habe.

Herr **Lorenz**, SPD, ergänzte, es gehe darum, das positive Beispiel von Leipzig aufzugreifen und hier in Halle nach Möglichkeit nachzuahmen.

**Der Antrag wurde in den**

- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung, Liegenschaften und in den
- Sozial- und Gesundheitsausschuß

**verwiesen.**

**Zu Antrag des Bildungs- und Kulturausschusses gemäß  
Festlegung auf der  
Beratung des Bildungs- und  
Kulturausschusses am 10.06.1998**

Vorlage Nr. 98/I-44/A-465

**Zu Antrag des Bildungs- und Kulturausschusses gemäß  
Festlegung auf der  
Beratung des Bildungs- und  
Kulturausschusses am 10.06.1998**

Vorlage Nr. 98/I-44/466

---

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, sprach zu beiden Anträgen. Bei beiden Schulen gehe es darum, daß der Einzugsbereich in der Klasse 5 nicht wie vorgeschrieben stattfinde, sondern auf die gesamten Stadt Halle ausgedehnt werde.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, bemerkte, ihm liege ein Schreiben vom Amtsleiter des Staatlichen Schulamtes vom 13.07.1998 vor, das die Nichtgenehmigung dieser beiden Punkte in beschlossenen Schulentwicklungsplan enthalte.  
So sehr die Verwaltung auch das Anliegen der Anträge unterstütze, so mache er darauf aufmerksam, daß der Beschluß des Stadtrates zur Schulentwicklungsplanung im Bereich Lutherschule/Grundschule und KGS „Ulrich von Hutten“ jetzt den Willen des Stadtrates konterkariere. Man habe seit einigen Tagen das Konfliktfeld, daß beide Schulen nun keinen Platz mehr entsprechend ihrer Schulkonzeptionen in dem Schulgebäude Roßbachstraße haben.

Herr **Dr. Ackermann** schlug vor, in beiden Anträgen das Wort „Gymnasium“ ( 4. Zeile des Antragstextes) zu streichen.

Herr **Gärtner** erwiderte, das Problem sei schulrechtlich, daß eine KGS eigentlich keine Gesamtschule sei, sondern eine Schule mit drei Schulteilen. Deshalb sollte das Wort „Gymnasium“ nicht gestrichen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zu den Anträgen A-465/A-466:  
g e s t i m m t

mehrheitlich z u

Beschluß Nr. 98/I-44/A-465 - Antrag des Bildungs- und  
Kulturausschusses gemäß Festlegung

Bildungs- und Kulturausschusses am

auf der Beratung des

10.06.1998

---

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, daß  
der Oberbürgermeister  
beauftragt wird, einen Antrag an das  
Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt  
zur Genehmigung  
- Bildung einer Klasse ab 5. Schuljahrgang  
(Förderstufe - Gymnasium) mit  
genehmigtem künstlerischem Schwerpunkt Musik/Chor  
an der Kooperativen  
Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ Halle (Saale) ab  
Schuljahr 1998/99  
zu stellen (GVBl. LSA v. 20.01.1997, geändert durch  
VO v. 15.12.1997  
GVBl. LSA S. 1066).

---

Beschluß Nr. 98/I-44/A-466 - Antrag des Bildungs- und  
Kulturausschusses gemäß der

Beratung des Bildungs- und Kulturaus-

10.06.1998

Festlegung auf der

schusses am

---

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, daß  
der Oberbürgermeister der

Stadt Halle (Saale) beauftragt wird, einen Antrag an  
das Kultusministerium des  
Landes Sachsen-Anhalt zur Genehmigung  
- Bildung einer Klasse ab 5. Schuljahrgang  
(Förderstufe - Gymnasium) mit dem  
inhaltlichen Schwerpunkt Jugendblasorchester der  
Stadt Halle (Saale) an der  
Kooperativen Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“  
Halle (Saale) ab  
Schuljahr 1998/99 zu stellen (GVBl. LSA v.  
20.01.1997, geändert durch  
VO v. 15.12.1997 GVBl. LSA S. 1066).

---

---

**Zu Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend die  
öffentlichkeitswirksa-  
mere Präsentation der Händel-  
Festspiele 1999**

Vorlage Nr. 98/I-44/A-467

---

Herr **Doege**, CDU, ging auf die ausführliche und informative  
Stellungnahme der Verwaltung  
ein. Es sei schon erstaunlich, mit welchem geringem Mitteleinsatz  
sehr viele Aktivitäten in die  
Wege geleitet worden seien. Bedauerlicherweise scheine das  
subjektiv von vielen Interessierten so nicht wahrgenommen worden  
zu sein. Die Stadt leiste sich eine Direktion „Händel-  
festspiele“, die sich sicherlich nicht nur mit inhaltlichen  
Schwerpunkten und der Organisation der kommenden Händelfestspiele  
befassen könne; dazu gehöre zwangsläufig auch, welche  
Vorstellungen man habe, diese Händelfestspiele zu einem Highlight  
dieser Stadt zu ent-  
wickeln. Hier könne aus den eigenen Kräften der Verwaltung, ohne  
Einbeziehung Dritter,  
ein entsprechendes Konzept im Rahmen der zur Verfügung stehenden  
Haushaltsmittel er-  
arbeitet werden. Das müsse man von einer solchen Stelle erwarten  
können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmung zum Antrag:                    mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 98/I-44/A-467 - Antrag der CDU-Stadtratsfraktion  
betreffend die öffentlich-  
Präsentation der Händel-Festspiele 1999

---

---

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat  
bis Ende 1998 ein Konzept  
zur öffentlichkeitswirksamere  
Präsentation der  
Händelfestspiele 1999 vorzulegen.

---

---

Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke (CDU-Fraktion)  
betreffend die  
Feier zum Jahreswechsel 1999/2000  
Vorlage Nr. 98/I-44/A-468

---

Herr **Kley**, F.D.P., sprach sich gegen den Antrag aus. Es gehöre  
nicht zu den Aufgaben der  
Stadtverwaltung, Silvesterfeiern vorzubereiten. Man könne die  
Fläche zur Verfügung stellen,  
sollte aber aus dem Stadthaushalt keinen Pfennig dafür ausgeben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag:           mehrheitlich   a b g e l e h n t

Der Antrag wurde           a b g e l e h n t.

Zu Antrag des Stadtrates Joachim Geuther (CDU-Fraktion) zur

**Erschließung der Wohn- und  
Gewerbegebiete im Zusammen-  
hang mit dem Brückenneubau  
Industriestraße im Stadtteil  
Ammendorf**

Vorlage Nr. 98/I-44/A- 469

---

Herr **Geuther**, CDU, bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung. Das, was darin geschrieben worden sei, sei bekannt; es gehe um Straßenbauarbeiten.

Frau **Ehlert**, PDS, beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in die zuständigen Ausschüsse.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

v e r w i e s e n .

**Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Erarbeitung  
eines „Wirtschafts-  
politischen Leitbildes“ der Stadt**  
Vorlage Nr. 98/I-44/A-470

---

Herr **Prof. Schuh**, SPD, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

**v e r w i e s e n .**

Zu Antrag der Stadträtin Dr. Gerda Frühauf (Fraktion  
Volkssolidarität  
1990 e. V./DIE GRAUEN-Graue Panther)  
zu Stand und  
Perspektive der Arbeit für die  
Belange der älteren Bürgerinnen  
und Bürger der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage Nr. 98/I-44/A-471

---

Frau **Dr. Frühauf**, Fraktion Volkssolidarität 1990 e. V./DIE GRAUEN-Graue Panther, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag:                   m e h r h e i t l i c h   z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 98/I-44/A-471 - Antrag der Stadträtin Dr. Gerda  
Frühauf (Fraktion Volkssoli-  
darität 1990 e.  
V./DIE GRAUEN-Graue Panther) zu Stand und  
Perspektive der  
Arbeit für die Belange der älteren Bürgerinnen  
und Bürger der  
Stadt Halle (Saale)

---

1. Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Stadtrat zu seiner Tagung im

Oktober 1998 einen Bericht zum Stand der  
Umsetzung der Empfehlungen  
aus dem „Altenhilfeplan der Stadt Halle  
(Saale) (Olk u. Mitarbeiter, 1993)  
für die Gestaltung der Lebens- und  
Versorgungssituation der älteren Bürger/  
-innen dieser Stadt vorzulegen.

2. Zum gleichen Termin unterrichtet die  
Stadtverwaltung den Stadtrat über  
künftige kurz-, mittel- und langfristige  
Zielstellungen und schlägt einen  
Maßnahmeplan zur Realisierung vor.

3. Es ist zu prüfen, ob ein Fachausschuß „Politik  
für die Belange der Älteren  
(Altenpolitik)“ gebildet werden sollte.

4. Gleichfalls ist die Bestellung eines  
„Seniorenbeauftragten“ zu prüfen.

---

## Zu Antrag der SPD-Fraktion

Vorlage Nr. 98/I-44/A-474

---

Herr **Dr. Brockmann**: „Wir haben neu auf die Tagesordnung genommen den Antrag der SPD-Fraktion zur Mißbilligung.“

Herr **Prof. Schuh**: „Das ist jetzt ein Mißverständnis. Der Oberbürgermeister hat beantragt, daß die Dienstaufsichtsbeschwerde des Stadtrates Günter Lorenz hier behandelt wird. Das ist die Sachlage. Wenn dieser Punkt jetzt hier behandelt wird, werden wir eine Auszeit beantragen. Und zwar aus folgendem Grunde: Diese Dienstaufsichtsbeschwerde ist zunächst einmal von Herrn Günter Lorenz an das Regierungspräsidium geschickt worden. Mitnichten an die Presse, Herr Dr. Rauen, weil zu diesem... Also zunächst einmal können wir das ja dann besprechen. Ich wollte nur einmal auf den Sachverhalt hinweisen, warum wir hier eine Auszeit brauchen. Der Regierungspräsident hat eine Kopie der Beschwerde an den Oberbürgermeister geschickt mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Veranlassung. Diese Veranlassung ist wohl heute geschehen, in dem er beantragt hat, daß diese Beschwerde hier behandelt wird. Der Regierungspräsident weist weiterhin darauf hin, daß der Stadtrat die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit abschließend zu behandeln hat. Ich denke, der Oberbürgermeister wird jetzt den Stadträten die Dienstaufsichtsbeschwerde und das Anschreiben des Regierungspräsidenten aushändigen, sonst brauchen wir hier gar nicht reden. Ich denke, er hat es auch sicherlich so vorbereitet. Er ist ja ein sorgfältiger Mensch. Und dann können wir das alle lesen, und nach 10, 15 Minuten sollten wir dann das behandeln.“

Herr **Dr. Meerheim**: „Wir haben ja noch nichts in der Hand. Also die Verwaltung müßte jetzt zumindest verlassen, daß mindestens ein Exemplar pro Fraktion zur Verfügung gestellt wird. Ich bitte also dringend darum.“

A u s z e i t

Herr **Dr. Brockmann**: „Die nötigen Unterlagen sind jetzt allen Fraktionen zugänglich gemacht worden, natürlich über die Vorsitzenden. Es geht immer noch... der Ihnen vorliegende Antrag der SPD-Fraktion, den ich selber hier nicht habe, das ist bedauerlich. Ich gebe das Wort zunächst wieder Herrn Prof. Schuh.“

Herr **Prof. Schuh**: „Der Stadtrat Günter Lorenz hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister, wie ich vorhin schon sagte, beim Regierungspräsidenten eingereicht.“

Der Regierungspräsident hat diese Dienstaufsichtsbeschwerde weiter an den Oberbürgermeister geleitet. Das Regierungspräsidium Halle hat darauf hingewiesen, daß Dienstaufsichtsschwerden gegen den Oberbürgermeister vom Stadtrat in eigener Zuständigkeit abschließend behandelt werden. Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Antrag vom Oberbürgermeister hier auf die Tagesordnung gekommen. Ich moniere die Tatsache, daß wir hier nicht sofort mit der Antragstellung die Unterlagen für jeden Stadtrat bekommen haben. Dann hätte man sich in der Zwischenzeit ein Bild machen können. Ich will auch nicht nach Motiven fragen, warum das gemacht worden ist. In jedem Fall liegt jetzt den Fraktionsvorsitzenden sowohl die Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister vor, wie auch die Stellungnahme des Regierungspräsidiums. Diese Stellungnahme des Regierungspräsidiums läßt sich mit dem Zitat von zwei Sätzen zusammenfassen. Das eine bezieht sich auf die Einberufung der Ausschusssitzung am 16.07.98 durch den Oberbürgermeister. Dazu sagt das Regierungspräsidium, damit liegt eine gesetzliche Verletzung des § 51 Abs. 4 Satz 1 GO LSA vor. Hier wird also eindeutig ein Rechtsverstoß festgestellt, der hier auch von Günter Lorenz im Grunde in seiner Beschwerde aufgeführt ist. Des weiteren weist das Regierungspräsidium darauf hin, daß im Zusammenhang mit einer Vergabe, die das Saline-Bad betraf, die Vorlage selber so nicht hätte hineingereicht werden sollen. Hier wird festgestellt, daß im Grunde genommen die Feststellungen des Bieters zufolge hätten, daß dieser Bieter nach §...das könne Sie nachlesen, von der Wertung auszuschließen gewesen wäre. Das heißt im Grunde genommen, ist das der Standpunkt des Stadtrates Günter Lorenz, daß in beiden Fällen der Oberbürgermeister gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen hat. Die SPD sieht das genauso, und stellt deshalb den Antrag, den ich dem Vorsitzenden des Stadtrates eingereicht habe, und ich bitte, ihn jetzt vorzulesen."

Herr **Dr. Brockmann**: "Der Antrag ist kurz. Er lautet: Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen den Oberbürgermeister. Ich bitte um Wortmeldungen."

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**: „Darf der 'Angeklagte' vielleicht auch etwas dazu sagen?"

Herr **Dr. Brockmann**: „Ja, bitte."

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**: „Ich war einigermaßen überrascht, aus der Zeitung zu erfahren, daß beim Regierungspräsidenten, also bei einem Unzuständigen, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen mich eingelegt worden ist. Erste Feststellung. Und weil dazu der Presse gegenüber Erläuterungen abgegeben worden sind, habe ich auch eingangs der Sitzung ganz

bewußt den Antrag gestellt, daß hier auch eine öffentliche Debatte stattfindet, damit ich wenigstens Gelegenheit habe, mich gegen solche unüblichen und auch nicht den mitmenschlichen Regeln des Miteinanderumgehens entsprechenden Verhaltensweisen hier auch deutlich ansprechen zu können. Daß ein Antrag auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gestellt wird, ohne daß der Betroffene überhaupt einmal Gelegenheit gehabt hat, dazu Stellung zu nehmen, das hätte ich von allen möglichen Leuten erwartet, aber nicht von jemand, der von sich behauptet, daß er auf dem Boden des Rechtsstaates steht, denn das ist schon ein entscheidender Formfehler. Aber darauf will ich nicht weiter eingehen. Ich will auf die Sache eingehen. Und auch dazu deutlich machen, daß in beiden Punkten die gegen mich erhobenen Anschuldigen falsch sind. Es ist richtig, daß - und so wird es auch bei uns praktiziert - der Ausschußvorsitzende zu den Ausschußsitzungen einlädt und im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister die Tagesordnung festlegt. Was der Herr Lorenz nicht in seiner Dienstaufsichtsbeschwerde gesagt hat, daß er nach der Übernahme des Ausschusses darum gebeten hat, das Verfahren zu wählen, das wir dann in der Folgezeit miteinander praktiziert haben. Beim ersten Mal habe ich nämlich abgelehnt, diese Einladung auszusprechen, als dieses Ansinnen an mich herangetragen wurde und habe gesagt, bitte, das muß der Ausschußvorsitzende machen. Und im Hinblick auf die engen zeitlichen Notwendigkeit bin ich dann gebeten worden zu unterschreiben, und zwar im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Vergabeausschusses. Und so ist es jetzt seit Jahren praktiziert worden. Leider gibt es darüber, weil ich das nicht für nötig gehalten habe, keine schriftliche Absprache. Das war auch nicht nötig. Wir beide haben uns zu dem Thema nur hier in der Ratssitzung - ich weiß nicht mehr, wann genau, Anfang 95 etwa - unterhalten, und vorher ist mir diese Botschaft durch Herrn Heinrich von Herrn Lorenz überbracht worden. Und dann bin ich dieser Bitte gefolgt und habe dann für ihn die Einladungen unterschreiben. Das ist der Formverstoß, wenn er denn ein solcher ist. Man kann sich nämlich bei der Einladung vertreten lassen. Aber das ist ein anderes Thema. Jetzt kommt die Sache selber. Und da verstehe ich überhaupt nicht, wie man einen solchen Antrag wirklich ernsthaft stellen kann, ohne überhaupt einmal in die Akten geguckt zu haben. Und dazu will ich jetzt mal den Ratsbeschluß vorlesen, den ich dazu zu meiner Grundlage für mein Verfahren in der inhaltlichen Sache zugrunde gelegt habe. Der Rat hat nämlich beschlossen, zu dem Thema Auftragsvergabe, ich zitiere den letzten Satz des Beschlusses Nr. 96/I-16/A-86 - Tariftreueerklärung: Der Oberbürgermeister wird beauftragt usw. in Bedingungen für Bauleistungen mit einem Auftragswert von mehr als 20 TDM folgende Verpflichtungen aufzunehmen. Und dann kommen die Punkte. Und der letzte Satz dieser Erklärung heißt: Die unvollständige Vorlage sowie das Fehlen der Erklärung ist dem Vergabe-

ausschuß mitzuteilen, der im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung des einzelnen Bewerbers im Einzelfall über Konsequenzen entscheidet. Und ich habe diesen Punkt auf die Tagesordnung gestellt und habe gesagt, dieser Bewerber hat die entsprechenden Voraussetzungen nicht und deswegen, lieber Vergabeausschuß, mußt du entscheiden. Und habe dann noch etwas hinzugefügt, weil sich inzwischen gegenüber dem Ratsbeschluß damals neue rechtliche Erkenntnisse ergeben haben und habe darauf hingewiesen, daß inzwischen das Kammergericht Berlin sich mit der Frage auseinandergesetzt hat und die Tariftreuerklärungen in der Form, wie wir sie praktizieren, für nicht wirksam hält. Das hat es aber nicht zu unserem Fall, sondern zu einem Berliner Fall gesagt, was natürlich für uns keine unmittelbare präjudizielle Wirkung, aber doch immerhin eine wichtige Hinweiswirkung hat. Ich wäre meiner Verpflichtung nicht nachgekommen, wenn ich auf diese besondere Situation den Ausschuß nicht hingewiesen hätte. Und wenn dann der Herr Lorenz einseitig hingeht und einfach einen solchen Punkt von der Tagesordnung nimmt und entgegen dem Ratsbeschluß, daß nämlich der Vergabeausschuß sich dann damit befassen soll, diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung nimmt, dann muß ich halt einen erneuten Versuch machen, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu bringen. Und jetzt wird die Sache ganz besonders schön. Nach den langen Debatten, die wir zur Tariftreuerklärung haben, hat nämlich damals der Herr Lorenz aufgrund unserer Auseinandersetzung rechtlicher Art zu diesem Thema diesen Passus, den ich Ihnen eben vorgelesen habe, selbst in der Ratssitzung beantragt. Er stellte folgenden Zusatzantrag, und dann kommt das, was ich eben zitiert habe. Und darauf hin habe ich gesagt, auf der Basis könne wir uns treffen und auf der Basis sehe ich auch keine Veranlassung, diesen ursprünglichen Beschluß zu beanstanden. Das ist der Sachverhalt. Sie mögen mit dem Kopf schütteln, Herr Prof. Schuh, Sie hätten besser vorher gelesen, bevor Sie einen solchen Antrag gestellt hätten. Und Sie hätten wenigstens dann vorher auch einmal von einem mindestens Noble Officium, nämlich der Anhörungsmöglichkeit Gebrauch machen könne, dann wäre uns diese unerfreuliche Diskussion erspart geblieben und hätte sich in Luft aufgelöst. Sie werden mir gestatten, daß ich meine Meinung dazu sage.``

Herr **Lorenz**: „Also, Herr Rauen, es geht überhaupt nicht nach dem Motto, Angriff ist die beste Verteidigung, aber Frechheit siegt. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Als erstens einmal habe ich nie darum gebeten, dieses Verfahren zu wählen. Der Herr Heinrich hat mich gebeten, das alte Verfahren, wie es bisher war, zur Anwendung bringen zu lassen, was die Einladung anbetrifft. Was die Einladung anbetrifft, der Herr Heinrich hat mich gebeten, dieses Verfahren so zu wählen, und zwar ganz schlicht und einfach aus organisatorischen Gründen,

aus den Schwierigkeiten, die Tagesordnung vorher mit dem Ausschußvorsitzenden zu besprechen, weil sehr oft eben Entscheidungsvorlagen sehr spät zuzusagen erst auf den Tisch des Hauses kommen, manchmal erst in der Sitzung oder drei Tage vorher oder ...

Sie wissen genau, daß wir dazu eine Auseinandersetzung geführt haben. Mein Vorschlag war das nie, so zu verfahren, um das einmal klar zu sagen. Ich habe mich darauf eingelassen, weil ich die praktischen Schwierigkeiten gesehen habe, die dabei zur Anwendung kommen, aber dann haben Sie von mir am 01.07. ein Schreiben bekommen, Herr Rauen.

In dem Schreiben weise ich ausdrücklich darauf hin, daß ich mit der Tagesordnung nicht einverstanden bin, daß ich von meinem Recht Gebrauch mache, die Tagesordnung selbst als Vorsitzender aufzustellen, weil dort eine rechtswidrige Beschlusvorlage auf den Tisch des Hauses gelegt worden. So ganz eindeutig, und zwar rechtswidrig deshalb, weil - mittlerweile gibt es ja nicht nur den Beschluß des Stadtrates, den Sie vorhin zitiert haben, der ist nämlich schon alt, sondern mittlerweile gibt es die Verordnung des Landes, und die haben Sie mißachtet, ganz eindeutig. So steht es auch im Antwortschreiben des Regierungspräsidiums.

Und Sie verdrehen diese ganzen Geschichten ein bißchen, versuchen sozusagen, durch Angriff die ganze Sache hier wegzubringen. Das mache ich aber nicht mit. Ich sage das ganz eindeutig. Und ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, ich habe noch einmal ein Fax geschickt an die Submissionsstelle, habe noch einmal darauf hingewiesen, daß ich diesen Tagesordnungspunkt für den 16., wo er wiederholt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, trotz meiner schriftlichen Stellungnahme an Sie vorher, vom 01.07. wohl gemerkt.

Und trotz des Beschlusses des Vergabeausschusses, der ja über die Tagesordnung abgestimmt hat am 02.07. Und die Abstimmung war klar, daß dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung genommen wird. Und da habe ich Sie darauf hingewiesen, daß ich dieser Tagesordnung nicht zustimme, wenn dieser Punkt mit der alten Beschlusvorlage so 'draufkommt. Eindeutig. Ich habe es auch hier, habe es schriftlich. So, das habe ich auch übrigens an das Regierungspräsidium geschickt, das haben Sie natürlich jetzt nicht verteilt. Das ist ja nicht vollständig, was Sie verteilt haben. Sie haben den reinen Text verteilt, Sie haben nicht die Anlagen verteilt, wo sozusagen auch ein paar Belege dafür dazu 'drin sind...

Ja, ja, das wird dann die Sache etwas wahrscheinlich aufklären, wird dann zur Aufklärung beitragen. Und Sie können schlicht und einfach an der Tatsache nicht vorbei, daß Sie versucht haben zweimal, auf zwei Sitzungen, einen rechtswidrigen Beschlusvorschlag auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Und daß der rechtswidrig ist, geht eindeutig daraus hervor, was da im übrigen - der Fakt, das ich da nicht ganz falsch gelegen haben kann, geht ja schon

daraus hervor, daß - nachdem diese Stellungnahme des Regierungspräsidiums da war am 16.07. - mittags kam sie zu mir, ich nehme an, auch zu Ihnen - daß dann sofort ein anderer Beschlußvorschlag auf den Tisch des Hauses gelegt worden ist, der nämlich schlicht und einfach mit den Richtlinien des Landes in Übereinklang ist, also offensichtlich durch konkludentes Verhalten, wie man so schön sagt als Jurist. Ist ja nun nachgewiesen, daß es offensichtlich ein beanstandenswertes Verhalten gewesen ist und daß es korrigiert werden mußte. Daß es korrigiert werden mußte. - (Zwischenruf) - Das weiß ich nicht, kann ich nicht beurteilen. Wir haben es auch jeden Fall so beschlossen, weil es nämlich dann tatsächlich rechtskonform war. Und Sie, der Fakt bleibt bestehen, erstens einmal, haben Sie entgegen meiner ausdrücklichen ...schriftlich an Sie gerichtet und im übrigen bevor überhaupt ein Wort an die Presse gekommen ist, und erst dann, als zum zweitenmal, zum zweitenmal versucht worden ist, das Ding wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, dann habe ich mich in der Tat an die Öffentlichkeit gewandt. Offensichtlich hat es auch gewirkt, denn sonst hätten Sie sich nicht so aufgeregt. Und erst dann sind die Dinge ins Rollen gekommen, erst dann kriegte ich Ihr Schreiben, zum Beispiel, wo Sie dann auch sich dazu geäußert haben. Sie sollten jetzt nicht so tun und sich reinzuwaschen versuchen. Das ist meiner Meinung nach die falsche Strategie, weil - ich kann das schlicht und einfach alles mit Daten, Fakten belegen, was ich hier sage. Und nichts anderes steht auch in meiner Dienstaufsichtsbeschwerde. Und deswegen ist dieses Verhalten zu monieren. Das Regierungspräsidium stimmt mir in beiden Punkten zu, in beiden zentralen Punkten stimmt es mir zu. Die Beschwerde wird als Beschwerde behandelt und rügt Ihr rechtswidriges Verhalten. An dem Fakt kommen Sie nicht vorbei. Deswegen ist auch eine Disziplinarmaßnahme gerechtfertigt.``

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**: „Also, Herr Lorenz, ich werfe Ihnen nicht vor, daß Sie rechtsunkundig sind. Das wäre ein törichter Vorwurf. Aber ich werfe Ihnen vor, daß Sie zumindest eklektisch lesen, d.h. nur das lesen, was Ihnen in den Kram zu passen scheint. Die Vorlage, die ich unterschrieben habe, ist vom 18.06. Und Sie haben mir, ausweislich Ihre Schreiben, ich habe aber die Kopie auch irgendwo, Anfang Juli geschrieben. Und wenn ich mich recht entsinne, habe ich Ihnen am gleichen oder am darauffolgenden Tage geantwortet. Auch dieser Brief ist da. Und dieser Brief ist bei der Geschäftsstelle eingegangen und ist mehrere Tage in Ihrem Kasten nicht abgeholt worden. Das habe ich nicht zu vertreten. (Zwischenruf) Gut. Ich kann das gleich 'raussuchen... Herr Lorenz, wann immer ich geschrieben habe. Ich habe Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde nicht von Ihnen bekommen, sondern die

habe ich zu einem viel späteren Zeitpunkt bekommen. Ich hatte nur das Vergnügen, das alles in der Zeitung zu lesen. (Zwischenruf) Aber das ist das Verfahren, Herr Lorenz, interessiert mich gar...Bitte... ich habe das akustisch nicht verstanden... (Zwischenrufe von Herrn Lorenz, die auf dem Band nicht zu verstehen sind)

Herr Lorenz, ich verstehe überhaupt nicht Ihre Aufregung, ich verstehe sie überhaupt nicht. Sie sind entweder nicht willens, die Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen oder Sie sind nicht in der Lage, diese Fakten in der richtigen Reihenfolge zu sortieren. Ich stelle noch einmal fest, Sie haben hier ausdrücklich gesagt, Sie haben sich auf das Verfahren der Einladung eingelassen. Ob Sie das Bitten von Herrn Heinrich getan haben oder nicht, Sie haben jedenfalls mir auf meine Frage hier bestätigt, daß Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind. Und Sie haben es eben auch selber hier zugegeben. (Zwischenrufe von Herrn Lorenz) Entschuldigung, meine Unterschrift ist am 18.06. unter die Tagesordnung gesetzt worden oder am 19., das weiß ich jetzt nicht, das kann man ja feststellen. Das Schreiben, datiert vom 18., wann ich jetzt genau unterschrieben habe, weiß ich nicht. Ich kann also überhaupt nicht reagieren, wenn Sie dann am 1. Juli einen Brief an mich schicken, daß ich am 18. etwas anderes hätte tun sollen. Und das ist die Wahrheit, und das nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Aber wenn Sie dabei nicht bleiben, da machen Sie das, was Sie nicht für richtig halten. Ich kann's nicht ändern. Jedenfalls, es gibt zwei Punkte. Wenn wir uns nicht auf dieses andere Verfahren verständigt hätten, hätte ich gegen § 51 soundsoviel verstoßen. Weil wir uns aber geeinigt haben, kann ich nicht dagegen verstoßen haben, weil das nämlich eine Absprache zwischen uns war. Und es ist eine Unkorrektheit, um es ganz vorsichtig zu sagen, wenn man erst mit jemandem ein Verfahren macht, und dann hinterher wegen des Verfahrens, das man mit dem abgesprochen hat, eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhebt. Das zeigt, wes Geistes Kind hier obwaltete hat, und das zeigt auch, welcher politische Hintergrund hier zu sehen ist, daß man nämlich jemand mies machen will, und daß es überhaupt nicht mehr um die Sache geht. Und lassen Sie mich zu einem noch sagen, und ich zitiere aus dem Kommentar zu § 51, und darauf will ich mich aber gar nicht berufen, nur damit das auch noch einmal gesagt ist: 'Auch ohne ausdrückliche Erwähnung im Gesetz steht dem Bürgermeister angesichts seiner Rechtsstellung im Gemeinderat das Recht zu, die Aufnahme vom bestimmten Verhandlungsgegenständen in die Tagesordnung zu verlangen'. Das darf ich Ihnen noch zusätzlich sagen, aber darauf stütze ich jetzt gar nicht meine Argumentation, sondern ich stützte sie nur auf die Fakten. Selbst, wenn also alle Ihre Argumentation richtig gewesen wäre, würde Sie aus diesem rechtlichen Grunde scheitern.''

Herr **Müller**: „Ich stelle im Namen der PDS-Fraktion den **Antrag auf Vertagung**, das wir nicht davon überzeugt sind, daß alle jetzt inhaltlich in der Lage sind, das nachzuvollziehen, aufgrund dessen, daß einige Informationen erst kurzfristig zugegangen sind.“

Herr **Küpperbusch**:“ Also, ich wäre nicht für eine Vertagung, ich wäre dafür, daß man diese Diskussion, die hier begonnen worden ist, im Kreise der Fraktionsvorsitzenden oder dann im Hauptausschuß fortführt, denn es ist ja vollkommen für uns überhaupt nicht möglich, diesen Dingen hier zu folgen, die hier mehr oder weniger völlig unvorbereitet auf die Stadträte einschlagen. Und wenn wir vertagen, dann gehen wir eigentlich in so eine mehr oder weniger indifferente Zukunft. Und wenn wir die Möglichkeit haben, in der Zeit, die uns jetzt zur Verfügung steht, über diesen Punkt in einer kleineren Runde erst einmal zu reden, sich zu informieren, das dann in die Fraktionen weiterzugeben, dann haben wir, glaube ich, mehr erreicht, aber die Diskussion hier in dieser Form fortzuführen, das halte ich eigentlich für völlig unsinnig und würde also den Antrag, den Sie gestellt haben, in dieser Form machen, also einen Termin, wo wir also noch einmal darüber reden, in einer kleinen Runde, Fraktionsvorsitzende oder Vergabeausschußmitglieder oder was auch immer und dann zu irgendeinem Zeitpunkt das zu behandeln.“

Herr **Prof. Schuh**: “Ich möchte etwas zu dem Geschäftsordnungsantrag sagen. Natürlich ist das hier praktisch erzeugt worden. Dieses Schreiben vom Regierungspräsidium ist vom 16.07. datiert. Das ist spätestens am 17. eingetroffen... Ja, das heißt...Ich sage ja, warum wir gegen den Geschäftsordnungsantrag zunächst einmal sind... hier wird etwas begründet, warum wir etwas verlagern möchten, und ich will ja die Bedenken vorgetragen, warum es ist. Hier wird verzögert. Dieses ganz Zeug hätte den Stadträten schon mindestens drei Tage später vorliegen können. Und er hat es ja selber hier eingebracht. Das ist nicht geschehen. So (Zwischenrufe), diesem Geschäftsordnungsantrag der PDS auf Vertagung werden wir zustimmen, aber ich weise darauf hin, daß Dienstaufsichtsbeschwerden einzig und allein im Entscheidungsbereich des Stadtrates liegen und nicht im Kreis der Fraktionsvorsitzenden. Und wir werden diesen Antrag hier behandeln.“

Herr **Doege**:“...dem Antrag der F.D.P.-Fraktion auch Folge leisten empfehlen, ich würde aber vor allem dieser Antrag stellenden Fraktion mal zu überdenken, was sie eigentlich will. Sie spricht von Dienstaufsichtsbeschwerde, auf der anderen Seite von einem förmlichen Disziplinarverfahren. Das ist so etwas wie Feuer und Wasser. Also, wenn man solche Anträge stellt, muß man wissen, wovon man redet.“

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:  
mehrheitlich zugestimmt**

## **Zu TOP 29 - Anfragen von Stadträten**

---

---

(Auf den Seiten **109 bis 141** der Niederschrift werden die Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Ab Seite **142** erfolgt die Niederschrift der Diskussion dazu im Stadtrat.)

Zu Anfrage Nr. 01 - der Fraktion Neues Forum zum  
Erhalt von Häusern

mit  
Rückführungsanspruch in Verwaltung der  
HWG mbH

---

---

Frau **Bohley**, Neues Forum, dankte für die Antwort.

Zu Anfrage Nr. 02 - der Fraktion Neues Forum zur  
Genehmigung der  
Steinstraße  
Baumfällaktion Große

---

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen

**Zu Anfrage Nr. 03 - des Stadtrates Dr. Horst Koehn**

---

(Der Anfragesteller war nicht anwesend.)

**Zu Anfrage Nr. 04 - der Fraktion der PDS zum Stand der Ausgaben per**

**30.06.1998 der  
Haushaltsstellen des Vermögenshaus-  
haltes**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 05 - der Fraktion der PDS zur Ermittlung des Flächen-**

**bedarfes der Stadt  
Halle (Saale)**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 06 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS, zur**

**beabsichtigten  
Schließung der Ausbildungsstätte  
der Deutschen Bahn AG**

---

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, äußerte, leider liege noch keine Antwort vor, weil die Bahn entgegen der Zusage die versprochenen Informationen nicht gefaxt habe. Mit Herrn Prof. Kiel bestehe Einigkeit darüber, daß in der nächsten Sitzung die Antwort nachträglich erteilt werde, jedenfalls zum schnellstmöglichen Termin.

**Zu Anfrage Nr. 07 - des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar  
Köck, PDS**

**zu freiliegendem**

**Kellergewölbe in der Dölauer Heide**

---

Herr **Dr. Köck**, PDS, erklärte, als erste Information reiche ihm die Antwort, aber vielleicht könne man die Angelegenheit im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten noch einmal im Detail besprechen.

**Zu Anfrage Nr. 08 - des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar  
Köck, PDS, zu**

**Eckbebauung Leipziger**

**Straße/Kleine Brauhausstraße**

---

Der Einreicher erklärte, die Anfrage habe sich erübrigt.

**Zu Anfrage Nr. 09 - des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar  
Köck, PDS, zum**

**Dualen System**

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Mündliche Anfragen:**

Herr **Dr. Brockmann** teilte mit, daß die Fraktion der SPD dem Kommunalbüro mitgeteilt habe, daß sie den **Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten** ab dem **01.09.1998** mit dem **Vorsitzenden Herrn Prof. Schuh** besetze.

Herr **Heft**, PDS, äußerte, ihnen sei ein Brief zugegangen vom Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Er betreffe das Beteiligungsverfahren zur Änderung des Nahverkehrsplanes entsprechend § 7 ÖPNV-Gesetz.

Es sei genau das eingetreten, was von ihm sowohl im Verfahren im Ausschuß als auch hier im Stadtrat öffentlich immer wieder gefordert worden sei: die Auslegung und Durchführung des Beteiligungsverfahrens dieser wesentlichen Änderung des Nahverkehrsplanes, die der Stadtrat im Juni 1998 beschlossen habe. Entgegen den Aussagen von Herrn Dr. Busmann sei das Verfahren, das dieser dem Stadtrat abverlangt habe, nicht mit dem zuständigen Ministerium abgestimmt. Er fühle sich - das sage er in aller Öffentlichkeit - ganz offen belogen im Verfahren dieser Beschlußfassung. Er frage Herrn Dr. Rauen, wie von seiten der Verwaltung das entsprechende Beteiligungsverfahren durchgeführt werde, um dem vom Ministerium angedrohten Widerspruch gegen den Beschluß des Stadtrates zu verhindern.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, er kenne den Brief nicht und könne deshalb dazu nicht Stellung nehmen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, was die Wortwahl von Herrn Heft angehe, lügen sei, wenn man wissentlich die Unwahrheit sage, und das habe er ganz bestimmt nicht. Es sei vielmehr so gewesen, daß man zunächst einmal im Glauben gelassen worden sei bei einer Anhörung in Magdeburg zum Thema Nahverkehrsplan, daß man auf der richtigen Linie liege. Und zwar deshalb, weil die Stadt Halle einen ziemlich durchqualifizierten, sehr exakten Nahverkehrsplan gemacht habe. Das habe auch Nachteile

beschert. Hätte man ihn so grob gemacht, wie man das jetzt nahe zu legen beginnt, dann hätte man dieses ganze Problem nicht gehabt. Er habe da auch Lehrgeld gezahlt. Man werde das noch einmal offenlegen, werde noch einmal beteiligen. Man habe einen Termin bis Mitte August bekommen. Er werde sich bemühen, diesen Termin einzuhalten und das bis dahin zu erledigen.

Herr **Heft** fragte, ob dann auch die förmliche Veröffentlichung des Termins des Beteiligungsverfahrens ortsüblich stattfinden. Und eigentlich müßte dann das ganze Verfahren zur Abwägung noch einmal in den Stadtrat.

Ja, so sei es, entgegnete Herr Beigeordneter **Dr. Busmann**.

Frau **Schaffer**, PDS, fragte zum Radfahrweg über die Kröllwitzer Brücke in Richtung „Krug zum grünen Kranze“. Der Radfahrweg höre dort in einer Kurve abrupt auf. Auf alle Fälle müßte dort ein Warnschild aufgestellt werden.

Herr **Dr. Busmann** sagte eine Klärung zu.

Weitere mündliche Anfragen gab es nicht.

## Zu TOP 30 - Mitteilungen

---

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** informierte zu einem Städtewettbewerb des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft/Forschung, Technologie unter dem Stichwort „Media-Komm“. Dahinter verberge sich zum einen der Einsatz von Medien auf kommunaler Ebene. Die Stadt Leipzig habe u.a. daran teilgenommen, sie sei ausgewählt und aufgefordert worden, auf der Grundlage des Konzeptes die angedachten Überlegungen weiterzuführen und zu konkretisieren. Um Chancen im Wettbewerb zu haben, sei es jedoch erforderlich, daß die Städte Halle und Dessau mit einbezogen werden in die Überlegungen, um für die gesamte Region dann eine entsprechende Entwicklung herbeizuführen. Mit der Stadt Leipzig habe man einen Informations- und Meinungsaustausch betrieben und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es für die Stadt Halle von Interesse sei, sich an den weiteren Überlegungen zu beteiligen. Wenn von den jetzt noch beteiligten Gemeinden und Städten die Stadt Leipzig oder das Städtedreieck Leipzig-Halle-Dessau ausgewählt würden, dann stünden nicht unerhebliche Mittel zur Verfügung, um auf diese Art und Weise die technische Ausstattung der Städte voranzutreiben.

Über den Prozeß, der jetzt dazu in Gang komme, werde der Stadtrat auf dem laufenden gehalten.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, sprach zum Stichwort Nord-Ost-Ecke Marktplatz. Der Stadtrat habe am 31.05.1996 einen Beschluß gefaßt, - Anlaß sei das Pachtverhältnis mit dem dort ansässigen Restaurantbetrieb gewesen, - der laute, einer Wiederbebauung des Nordostbereiches des Marktplatzes, Bauprojekt „Waagegebäude“, werde zugestimmt. Man habe dann einen Wettbewerb durchgeführt, der das Ergebnis gebracht habe, daß die Nordostecke gut bebaut werden könne, ohne irgendeiner Bebauung vor dem Ratshof vorzugreifen. Die Verwaltung habe infolge dessen einen Investorenwettbewerb in Gang gesetzt, am dem sich über 25 Bewerber beteiligt hätten. Die erste Wettbewerbsstufe werde wahrscheinlich Ende Oktober sein.

Damit wurde die 44. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

**Dr. Brockmann  
Rauen**

Vorsitzender des Stadtrates  
Oberbürgermeister  
der Stadt Halle (Saale)  
Stadt Halle (Saale)

**Dr.**

der

Kraft  
stellv. Protokollführerin

Protokollantin: Panian

Stadt Halle (Saale)  
27.07.1998  
**Kommunalbüro**

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der Einwohnerfragestunde zur 44. Tagung des Stadtrates  
der  
Stadt Halle (Saale) am 22.07.1998**

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal  
**Zeit:** 14.10 Uhr bis 14.45 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 44. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Herr **Seilkopf** stellte, bezogen auf Graf Luckner folgende Fragen an die Stadträte, die diese mit Ja oder Nein beantworten sollten:  
War es der Bürger unserer Stadt, der im April 1945 Halle vor einem schweren Luftangriff gerettet hat?  
Haben Sie echte Nachweise und eindeutige Dokumente dafür, daß ein anderer Hallenser mit dem amerikanischen General Verhandlungen geführt hat?  
Ist er verurteilt worden und gilt er als vorbestraft?  
Durfte er 1948 und danach mehrmals in die USA einreisen, nachdem deren Dienststellen ihn unter nachweisbarer Nutzung aller Quellen überprüft haben?  
Kennen Sie die Meinung der Bevölkerung und die Widerspiegelung derselben in der Presse und ist Ihnen die Analyse der Bürgermeinungen nach Abschluß der mehrwöchigen Luckner-Ausstellung des Stadtmuseums bekannt?  
Haben andere Fraktionen, außer der F.D.P., das Gesprächsangebot zu einer Diskussion über Graf Luckner genutzt?  
Stand er nach 1945 vor einer Entnazifizierungskommission, vor die alle Aktivisten und höhere

Parteigenossen und dem NS-Regime nahestehende Personen zitiert wurden?  
Hat er dem Rufe unserer Stadt geschadet?  
Mindestens 17 Städte und Gemeinden hätten nach 1945 öffentliche Straßen und Plätze nach Graf Luckner benannt. Er persönlich schäme sich für die Stadt für die Nichtachtung der Leistungen Luckners.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, die Thematik werde voraussichtlich auf der Tagesordnung des nächsten Stadtrates stehen, dann würden diese Anfragen mit behandelt.

Zum Thema Erhalt der **Kinderbibliothek Lessingstraße** sprachen zahlreiche Kinder, u.a. Johannes, Christoph, Luise Müller, Heino und Sophia.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, antwortete auf die Fragen der Kinder. Es gebe in der Stadt überall Kinder. Man wolle eine Entwicklung, daß nach Möglichkeit die Chancen für die Kinder, eine Bibliothek besuchen zu können, überall gleich seien.

Frau **Balzarek** schilderte ihre Erlebnisse mit dieser Bibliothek, die sie bereits als Kind genutzt habe. Jetzt habe sie selbst drei Kinder, die gern lesen. Wenn die Kinder jetzt zum Hallmarkt fahren müßten, sei für jedes Kind eine Menge Fahrgeld nötig.

Frau **Brock** ging auf ein Argument von Herrn Gärtner ein, daß es offensichtlich allen Kindern der Stadt genauso schlecht gehen müsse, damit eine Gerechtigkeit bestehe. Sie finde es gut, daß die Kinder im Paulusviertel noch diese wohnortnahe Bibliothek haben. Den moralischen Schaden, der durch diesen ganzen Hick-Hack um die Schließung entstanden sei, halte sie für den größten. Sie fragte, welche Hindernisse es eigentlich noch gebe, den Beschluß zurück zu nehmen.

Herr **Gärtner** erklärte, die Schließung der Kinderbibliothek Lessingstraße sei Bestandteil eines Beschlusses der Umstrukturierung der Stadtbibliothek. Wenn man den Beschluß zur Schließung der Bibliothek Lessingstraße aufheben wolle, müsse man auch deutlich machen, was noch in dem Beschluß verändert werden müsse. Das heiße, es müsse der Teil zur Erweiterung der Öffnungszeiten der Bibliothek Heide-Nord verändert werden. Zurückgenommen werden müsse die Erhöhung der Öffnungszeiten der Hallmarkt-Bibliothek und die Aussage zur Verbesserung der Qualität der Leserberatung. Auch darüber müßte man sich heute verständigen. Er habe in allen Diskussion darauf hingewiesen, daß es immer diesen Gesamtzusammenhang gebe, d.h., wenn man nicht mehr wolle, daß sich die Bibliothek in Heide-Nord entwickle,

dann brauche man die Arbeitskräfte dort nicht, aber dann müsse man auch ehrlich den Kindern in Heide-Nord sagen, man wolle das nicht mehr.

Schülerin Manuela **Müller** sprach ebenfalls für den Erhalt der Bibliothek.

Frau **Bader** ging auf die Gesprächsrunde ein, zu der sich Mitglieder der Bürgerinitiative gestern mit dem Oberbürgermeister und dem zuständigen Dezernenten getroffen hätten, um noch einmal nach Lösungen zu suchen. Sie erzählte von der Protestdemonstration der 150 Kinder, die bei strömendem Regen von der Lessingbibliothek zum Markt gezogen seien. Sie zählte noch einmal Lösungsvorschläge auf.

Frau **Schaecke** verlas einen öffentlichen Brief von Professor Dahenberg, Professor für Kinderliteratur an der Universität Hamburg.

Frau **Trieder** stellte die Frage, ob die Umstrukturierung der Bibliothek nicht hätte anders erfolgen können. Daß, was jetzt wegfallt - in diesem Falle betreffe es die Kinder, in Niet-leben seien es die alten Bürger, die ganz bestimmt nicht zum Hallmarkt fahren würden - sei eine ganz bedenkliche Entwicklung.

Herr **Radetzki**, Betriebsleiter SH Natursteine GmbH+Co Löbejün, wies darauf hin, daß sein Betrieb für die Entscheidungsfindung zur Materialfestlegung im Hof des Stadthauses eine Musterfläche aus Naturstein in Kombinationen ausgelegt habe. Er bat die Stadträte bei ihrer Entscheidung daran zu denken, daß nicht nur über das künftige, die nächsten Jahrzehnte prägende Stadtbild befunden werde, sondern auch über noch vorhandene Arbeitsplätze in der Region Halle.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Damit wurde die Einwohnerfragestunde zur 44. Tagung des Stadtrates beendet.

**Dr. Brockmann**  
**Rauen**  
Vorsitzender des Stadtrates  
Oberbürgermeister  
der Stadt Halle (Saale)  
Stadt Halle (Saale)

**Dr.**  
  
  
  
der

Kraft  
stellv. Protokollführerin

Protokollantin: Panian